



# BÜNDNIS OBERHAUSENER BÜRGER

*bürgermah. unabhängig. sachbezogen*



## 10 – Punkteprogramm - Neuanfang für Oberhausen

### Präambel

Die politische Landschaft ist im Umbruch. Es gibt ein wachsendes Wählerspektrum, das sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlt. Als freie und unabhängige Wählergemeinschaft ist das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ (BOB) die Wahlalternative, wenn die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am 25. Mai 2014 über die Zusammensetzung des Rates und der Bezirksvertretungen entscheiden.

Das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ ist ein demokratischer Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, aus allen Schichten und aus allen Oberhausener Stadtteilen. Als freie und unabhängige Wählergemeinschaft verfolgen wir keine parteipolitischen Interessen, sondern sind ausschließlich dem Wohl von Oberhausen und deren Bürger verpflichtet. Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft und suchen selbständig, unabhängig und bürgernah nach den besten Sachlösungen im Interesse aller Oberhausener Bürgerinnen und Bürger. Wir bekämpfen den Filz, die Schuldenpolitik und die Herrschaft durch den Parteien- und Verwaltungsapparat. Wir wollen eine kommunalpolitische Demokratie, in der die Bürger zu gestaltenden Mitgliedern der Stadtpolitik werden.

Das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ steht für eine neue politische Kultur, die Bürger einbezieht und zuhört, statt von oben herab zu regieren. Es gibt niemanden, der die Probleme und Chancen der Kommune besser kennt, als die Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt leben. Deshalb wollen wir Sie an der Stadtpolitik beteiligen und setzen wir auf Ihre Ideen und Vorschläge. Nur mit einem breiten Meinungsbild bekommen wir die besten Lösungen.

Unsere grundlegenden Vorstellungen zur Oberhausener Stadtpolitik haben wir in der "**Oberhausener Erklärung**", im "**Oberhausener Appell**" und im Kommunalwahl- **10-Punkte-Programm - Neuanfang für Oberhausen**" formuliert.

Die etablierten Parteien konnten in den vergangenen Jahren Oberhausen nicht weiterentwickeln und keinerlei Erfolge erreichen, mit einer Ausnahme: Sie haben Oberhausen zur schuldenreichsten Stadt der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Die

dramatische Verschuldung unserer Stadt ist kein Naturgesetz, sondern Ausfluss von Machtbesessenheit, Eigennutz und Klientelpolitik. Das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ steht dagegen auf und will ändern, dass Politik und Verwaltung die Stadt als ihr Eigentum betrachten. Wir handeln bürgernah – unabhängig – sachbezogen.

Das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ tritt mit Kandidatinnen und Kandidaten an, die bereit sind, sich ehrenamtlich für die Interessen und Belange der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen einzusetzen. Sie bringen für diese wichtige Aufgabe die notwendige berufliche Qualifikation und Erfahrung mit. Sei es als Selbständige, Handwerker, Lehrer, Beamte, Freiberufler und Angestellte, repräsentieren sie den leistungsfähigen Mittelstand. Gute Kommunalpolitik setzt voraus, mit dem Ohr und dem Herzen nahe an den Menschen zu sein. Dies können freie Wählergemeinschaften besser, da sie nur ihrem Gewissen und nicht wie die etablierten Parteien den parteiinternen Vorgaben, dem Parteigehorsam und dem Fraktionszwang unterworfen sind. Entgegen der Wahrnehmung der Bürger ist in den Wahlprogrammen der regierenden Parteien nur nachzulesen, in welcher hervorragenden Verfassung sich die Stadt Oberhausen zur Zeit befindet. Auf der Suche nach nicht existierenden Schwachstellen fallen ihnen nur Worthülsen wie – In Bewegung bleiben – Aus Geschichte wird Kultur – Verantwortung übernehmen – Feste feiern – ein. Mit konzeptlosen Phrasen lässt sich eine Stadt wie Oberhausen jedoch nicht regieren.

Wenn auch Sie die politische Kultur in Oberhausen verändern wollen, eröffnet sich Ihnen in unserer Wählergemeinschaft „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ geeignete Möglichkeiten. Sie können uns nicht nur wählen, Sie können auch mit machen. Wenn Sie sich mit Ihren Erfahrungen und Ihrer Kompetenz einbringen wollen, nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Das „**Bündnis Oberhausener Bürger**“ ist die Stimme der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger.

Hier folgend unser 10-Punkte-Programm für die Kommunalwahl 2014:

### **1. Filz beseitigen – Bürger beteiligen**

Die verfilzten, ineinander verflochtenen Machtverhältnisse in der Politik, in der Verwaltung und bei den Stadttöchtern müssen aufgebrochen und wieder transparent gemacht werden. Der städtische Filz hat unter anderem dazu geführt, dass in Oberhausen das Informationsfreiheitsgesetz/Umweltingformationsgesetz und die damit verbundenen gesetzlichen Auflagen nicht beachtet werden. Diese Ignoranz ist sehr gefährlich, denn sie hat bereits einen Vertrauensverlust der Bürger in die Verwaltung/Politik verursacht. Aber auch andere Punkte sind zu beachten: Die Führungspositionen müssen wieder nach Kompetenz und Leistung und nicht nach Parteibuch besetzt werden. Deshalb setzen wir uns für folgendes ein:

#### **A) Mehr Transparenz der Verwaltung durch Bürgerbeteiligung:**

Die Verwaltung muss künftig transparent gestaltet werden. Dazu gehört eine bessere Verständlichkeit und Überprüfbarkeit der Verwaltungsprozesse. Generell fordern wir: Die Beteiligung der Bürger an allen wichtigen Verwaltungsentscheidungen muss gewährleistet sein. Dazu gehört etwa die Erweiterung des Bürgerservice innerhalb der Verwaltung. Das kann beispielsweise mit Hilfe eines Bürgerbüros geschehen. Die Beratung in diesem Büro erfolgt je nach Bedarf mündlich, telefonisch oder per Internet. Des Weiteren muss die Verwaltung ihr Ohr stärker an den Bedürfnissen der Bürger ausrichten. Es muss in Zukunft mehr Flexibilität und Aktivitäten vor Ort geben. Ein weiterer Punkt ist die direkte Demokratie. Die Bürger sollen sich selbst artikulieren können, zum Beispiel in Form von Bürgerbefragungen, -entscheiden und -begehren. Doch damit nicht genug. Wir fordern die Schaffung eines Bürgerhaushalts. Er soll eine ständige, rechtzeitige und nachhaltige Beteiligung der Bürger an den städtischen Finanzen ermöglichen.

### **B) Transparenz in der Verwaltung:**

Erweiterung der Serviceorientierung der Verwaltung, z.B. in Form eines Bürgerbüros; die Beratung erfolgt mündlich, telefonisch und per Internet das Ohr näher am Bürger, mehr Flexibilität und Aktivitäten vor Ort bessere Verständlichkeit und Überprüfbarkeit der Verwaltungsprozesse direkte Demokratie: Bürger sollen sich selbst artikulieren dürfen, z.B. in Form von Bürgerentscheiden und -begehren

Bürgerhaushalt: eine ständige, rechtzeitige und nachhaltige Beteiligung ermöglichen, Nachhaltigkeit gewährleisten und institutionalisieren

### **C) Mitbestimmen, mitgestalten, mitverantworten:**

Das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach politischer Mitsprache und Mitentscheidung ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Darum wollen wir die Bürgerkompetenz stärken. Das heißt: Die Verwaltung soll dafür sorgen, dass die Bürger ihre verbrieften Rechte mehr wahrnehmen. Das Ehrenamt soll gestärkt werden, bürgerschaftliche Tätigkeiten sollen mehr Unterstützung erfahren (z. B. durch Bildung von Patenschaften für Parkanlagen, Grünanlagen, Spielplätze etc.).

In der Stadt und in den Quartieren sollen Gestaltungsbeiräte eingerichtet werden, und zwar in allen Bereichen, in denen ein öffentliches Interesse besteht. Ausschuss-Sitzungen sollten öffentlich tagen. Ein ungehinderter Zugang über Rats-Fernsehen ist zu gewährleisten. Darüber hinaus muss die Beteiligung der Jugendlichen an parlamentarischen Entscheidungen ausgebaut und über die Schule hinaus ausgeweitet werden. Eine frühe Bürgerbeteiligung muss auch bei den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sichergestellt sein (alles, was von öffentlicher Bedeutung ist: Verkehr, Versorgung, soziale Einrichtungen, Sport und Freizeit etc.). Außerdem fordern wir, dass die Informations-, Mitwirkungs-, Anhörungs- und Entscheidungsrechte in den Gremien und im Parlament in verschiedenen kommunalen Bereichen gestärkt werden (Dazu gehören Gebühren, Stoag usw.). Der ganze Bereich ist auszubauen.

Wir wollen zudem einen Beschwerde- und Anregungsausschuss auf allen Ebenen der Stadt. Dafür muss es eine zentrale Anlaufstelle/Servicebüro geben. (Beschwerdemanagement). Wir fordern auch: Die Verwaltung muss ihre Angestellten regelmäßig schulen.

- Bürgerkompetenz stärken, das heißt: die Verwaltung soll dafür sorgen, dass die Bürger ihre Rechte mehr wahrnehmen
- Ehrenamt soll gestärkt werden und bürgerschaftliche Tätigkeiten mehr unterstützen, (z.B. durch Bildung von für Parkanlagen, Grünanlagen, Spielplätze etc.)
- Verwaltung/Politik soll künftig zuhören, besser verstehen und besser interagieren
- die Verwaltung muss ihre Angestellten regelmäßig schulen
- Gestaltungsbeiräte in der Stadt und in den Quartieren einrichten (in allen Bereichen, in denen ein öffentliches Interesse besteht)
- Ausschuss-Sitzungen sollten soweit als möglich öffentlich tagen und einen barrierefreien Zugang über Rats-TV gewährleisten
- generationsübergreifend und ortsnahe Bürgerbeteiligung (Jugendparlament, Seniorenbeiräte, Stadtteilbeiräte)
- Beteiligung der Jugendlichen an parlamentarischen Entscheidungen muss ausgebaut und über die Schule hinaus ausgeweitet werden.
- frühe Beteiligung an Bebauungs- und Flächennutzungsplänen (alles, was von öffentlicher Bedeutung ist, Verkehr, Versorgung, soziale Einrichtungen, Sport und Freizeit etc.) muss sichergestellt werden
- Informations-, Mitwirkungs-, - Anhörungs- und Entscheidungsrechte in den Gremien und im Parlament in allerlei kommunalen Bereichen stärken (Gebühren, Stoag, etc.); der ganze Bereich muss ausgebaut werden
- Beschwerdeausschuss und Anregungsausschuss auf allen Ebenen der Stadt/eine zentrale Anlaufstelle/Servicebüro (Beschwerdemanagement)

#### **D) Korruption unterläuft die Demokratie:**

Wir setzen uns mit aller Kraft für eine korruptionsfreie und saubere Verwaltung/ Politik ein. Daher scheint es uns dringend notwendig, in Oberhausen eine Stelle für einen Antikorruptionsbeauftragten einzurichten. Informanten in der Verwaltung und in allen städtischen Gesellschaften werden geschützt. In der Verwaltung gelten generell das Mehraugenprinzip und die gegenseitige Kontrolle. Auch das Rechnungsprüfungsamt muss in seiner Kompetenz zur Korruptionsbekämpfung gestärkt werden; das Controlling in einzelnen Bereichen ist flächendeckend auszubauen.

Die Vergabep Praxis der Stadt und deren Töchter muss neu überdacht und transparent gestaltet werden. Entsprechende Richtlinien sind zu formulieren und anzuwenden. Alle Politiker müssen ihre Nebeneinkünfte und ehrenamtlichen Tätigkeiten offenlegen. Damit sollen Einflussmöglichkeiten und Korruption verhindert werden. Eine schwarze Liste für Firmen, die wegen Korruption auffällig wurden, muss erstellt werden. Gehälter der leitenden Angestellten in der Verwaltung/Politik, inkl. der Fraktionen, müssen ebenfalls offen gelegt werden.

- Einsetzung eines Antikorruptionsbeauftragten
- Whistleblower in der Verwaltung und in allen städtischen Gesellschaften werden geschützt
- Mehraugenprinzip, gegenseitige Kontrolle
- Rechnungsprüfungsamt muss in seiner Kompetenz zur Korruptionsbekämpfung gestärkt werden; das Controlling in einzelnen Bereichen muss flächen-deckend ausgebaut werden
- Vergabep Praxis der Stadt muss neu überdacht und transparent gestaltet werden, entsprechende Richtlinien müssen formuliert und angewendet werden
- Offenlegung der Nebeneinkünfte und ehrenamtlichen Tätigkeiten für alle Politiker und Fraktionen, um Einflussmöglichkeiten und Korruption zu verhindern
- schwarze Liste für Firmen, die wg. Korruption verurteilt wurden
- Gehälter der leitenden Angestellten in der Verwaltung / Politiker müssen offen gelegt werden, inkl. der Fraktionen

Gute Kommunalpolitik setzt voraus, mit dem Ohr und dem Herzen nahe an den Menschen zu sein. Dies können freie Wählergemeinschaften besser, da sie nur ihrem Gewissen und nicht wie die etablierten Parteien den parteiinternen Vorgaben, dem Parteigehorsam und dem Fraktionszwang unterworfen sind. Angesichts von Filz und Pöstchenschieberei, Selbstherrlichkeit und Arroganz von Politik und Verwaltung wenden sich die Bürgerinnen und Bürger immer weiter vom politischen Geschehen ab. Als Bürger dieser Stadt begehren wir auf gegen den Filz und die bloße Verwaltung des Niedergangs durch unsere gewählten Volksvertreter.

Das „Bündnis Oberhausener Bürger“ steht für eine neue politische Kultur, die Bürger einbezieht und zuhört, statt von oben herab zu regieren. Es gibt niemanden, der die Probleme und Chancen der Kommune besser kennt, als die Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt leben. Deshalb wollen wir Sie an der Stadtpolitik beteiligen und setzen wir auf Ihre Ideen und Vorschläge. Nur mit einem breiten Meinungsbild bekommen wir die besten Lösungen.

## **2. Haushalt sanieren – Wirtschaft stärken - Mittelstand fördern**

Die verheerende Schuldenpolitik des städtischen Parteien- und Verwaltungsapparates, sowie der Stadttöchter, erstickt die kommunale Handlungsfähigkeit und erdrückt die Zukunft jetziger und zukünftiger Generationen. Es ist unser erklärtes Ziel, dem Oberhausener Finanzdebakel eine zukunftsorientierte Politik der nachhaltigen Konsolidierung und Generationengerechtigkeit entgegenzusetzen. In einer "Arbeitsgemeinschaft Haushaltskonsolidierung", bestehend aus Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger werden Konzepte zur Sanierung des Haushaltes erarbeitet.

### **A) Zukunftsbeirat**

Unsere Stadt braucht einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Moderne Wirtschaftspolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Dafür müssen

dringend Hochschuleinrichtungen in Oberhausen angesiedelt und Forschungsallianzen gezielt gefördert werden. Mit der Gründung eines "Zukunftsbeirats Wirtschaftspolitik" aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürger müssen Wachstums- und Kompetenzfelder als künftig verlässliche wirtschaftspolitische Schwerpunkte erarbeitet werden (z.B. Biotechnologie, Medizintechnik, Information- und Kommunikationstechnologie o.a.).

Gleichzeitig muss der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft, sowie Handwerk, Handel und Gewerbe durch möglichst kleinteilige Auftragsvergaben der öffentlichen Hand gestärkt werden.

Guter Rat ist teuer, wenn man jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hat wie die Stadt Oberhausen! Das hat zur höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland mit 8742 Euro / pro Einwohner geführt.

Die Stadt Oberhausen erlebt seit Jahren einen fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang. Derzeit belaufen sich die Schulden auf über 1,865 Milliarden Euro, davon 1.550 Milliarden Euro an Liquiditätskredite. Gem. der Prognose für 2014 nimmt die Stadt insgesamt nur 670 Millionen Euro ein und muss davon alleine 51,4 Millionen Euro an Zinsen zahlen. Der finanzielle Zusammenbruch der Stadt Oberhausen hat auch negative Auswirkungen auf die Bürger und die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Die Stadtpolitik hat sich bereit seit Jahren darauf eingestellt nur noch als Bittsteller bei der Bundes- und Landesregierung aufzutreten und nach Subventionen, Fördermitteln, Konjunktur- und Stärkungspaketen zu rufen. Die Stadt hängt am Tropf und wird ohne eigene Sparmaßnahmen immer handlungsunfähiger.

Die rot-grüne Stadtregierung versucht die Finanznot und die Einnahmeausfälle immer mit Erhöhung der Gewerbesteuer oder Gebührenerhöhungen auszugleichen. Das führt aber stets zu weiteren Steuerausfällen, da Gewerbebetriebe Oberhausen verlassen und sich in wirtschaftlich günstigeren Städten ansiedeln. Nur durch Gewerbesteuerensenkungen kann man Gewerbebetriebe nach Oberhausen locken und erzielt durch die Neuansiedlungen mittelfristig auch insgesamt höhere Gewerbesteuer.

Unsere Stadt braucht einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Zukunftsorientierte Betriebe und Arbeitsplätze müssen in Oberhausen angesiedelt werden.

### **3. Rückführung der Stadttöchter - Weiterführung als städtische Eigenbetriebe**

Dringend notwendige Einsparmöglichkeiten könnten im Beteiligungsmanagement erzielt werden. Kommunale Unternehmen müssen wirtschaftlich effizienter arbeiten und dürfen nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzungen werden. Bei allen Überlegungen der regierenden Stadtpolitiker stehen nach wie vor die politischen Einfluss- und

Gestaltungsmöglichkeiten auf alle kommunalen Unternehmen, wie z. B. Verwaltung, OGM, Stoag, EVO und Stadtparkasse Oberhausen im Vordergrund.

Die städtischen GmbH's erfüllen ihre Aufgaben nur selten zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Dafür versorgen sie die Genossen in Führungspositionen mit fürstlichen Gehältern. Sie werden doppelt so gut entlohnt wie zu Zeiten als sie ähnliche Positionen in Stadtämtern innehatten. Der Sinn der Sache war es ursprünglich, dass sich diese Gesellschaften anders als ein Stadtamt freier am Markt bewegen können und Aufträge hereinholen. Externe Aufträge blieben aus, so dass die Leistungen fast ausschließlich im Konzernverbund Stadt erbracht werden und sich die zu zahlenden Entgelte aufgrund des fehlenden Wettbewerbes an das Kostenniveau, zuzüglich an die Stadtkasse abzuführende Gewinnzuschläge orientiert. Hinzu kommt, dass alle Rechnungen mit einem Geschäftsbesorgungshonorar und mit Umsatzsteuer beaufschlagt werden müssen, so dass die Bürgerinnen und Bürger wesentlich mehr für die gleiche Leistung zahlen. Die großen Gewinner sind also in erster Linie die Geschäftsführer und leitenden Mitarbeiter dieser Unternehmen.

Hat die Stadt überhaupt noch Einfluss auf ihre Stadttöchter? Die Frage muss zunehmend verneint werden. Die Stadttöchter beschäftigen mittlerweile mehr Mitarbeiter als die Kernverwaltung. Sie haben sich verselbstständigt und regieren die Stadt. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und im Interesse der Sanierung der städtischen Finanzen müssen die Stadttöchter wieder als städtische Eigenbetriebe geführt werden (Rekommunalisierung).

#### **4. Bürokratien abbauen – Verwaltung bürgernah organisieren**

Ganz gleich, welche Partei regiert: Eine Verwaltung muss immer eine Verwaltung **FÜR** und nicht **GEGEN** die Bürger sein. Sie muss kompetent und lösungsorientiert agieren. Sie muss zugänglich und bürgerfreundlich sein. Sie sollte sich in besonderem Maße den Anliegen der Bevölkerung und der Wirtschaft verschreiben, sowie Lösungen bieten und Hemmnisse aus dem Wege räumen. Wir wollen, dass Informationen und Dienste der Verwaltung umfassend, aktuell, vollständig und barrierefrei online verfügbar gemacht werden. Dies trägt zu mehr Transparenz und Teilhabe bei und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche.

Seit Jahren wächst die Verwaltung der Stadt Oberhausen, ohne dadurch effektiver oder bürgernäher zu werden. Dringend notwendige Sparmaßnahmen werden gar nicht oder nur halbherzig angegangen. Einsparpotenziale gibt es durch Professionalisierung der Strukturen und Arbeitsabläufe. Der Stadt fehlt offensichtlich der Wille zur Optimierung und Umstrukturierung. Fast 2000 Menschen arbeiten derzeit in der Kernverwaltung der Stadt Oberhausen. Eine Analyse der Gemeindeprüfungsanstalt belegt, dass keine vergleichbare Stadt in NRW so viel Personal beschäftigt. Die Verwaltung muss modernisiert und serviceorientiert ausgerichtet werden.

Das „Bündnis Oberhausener Bürger“ wird sich dafür einsetzen, dass der Rat der Stadt Oberhausen einen Anregungs- und Beschwerdeausschuss (ABA) zur Erledigung von

Bürgeranliegen einrichtet. Die Anregungen und Beschwerden der Bürger, für die die Stadt Oberhausen zuständig ist, werden an diesen Ausschuss gerichtet. Nach Beteiligung der zuständigen Fachverwaltung wird die Eingabe im Anregungs- und Beschwerdeausschuss beraten. Die Bürger werden zu der Sitzung eingeladen und erhalten Gelegenheit, Ihre Eingabe vor dem Ausschuss zu erläutern. Die Sitzungen müssen öffentlich stattfinden. Zu den Anregungen und Beschwerden soll der Ausschuss Empfehlungen, zum Beispiel an den Rat oder die Verwaltung aussprechen.

## **5. Der Stadt ein neues Gesicht geben – Stadtentwicklung**

Stadtentwicklung findet in Oberhausen nicht statt. Es fehlen Konzepte und Visionen, um die städtebaulichen Projekte zu einem plausiblen Ganzen zu führen. Es gibt keine verbindende ökologische oder ästhetische Idee – nur aktionistische Bemühungen die Wünsche der Investoren zu erfüllen und kurzfristige Erfolge zu erzielen. Die Stadtentwicklungsplanung muss aber die Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt übernehmen, die auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung beinhaltet. Stadtentwicklung verlangt somit eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsorientierte Herangehensweise. Die Stadtentwicklung muss die gesellschaftlichen Tendenzen, wie z.B. eine neue Beteiligungskultur (Bürgerbeteiligung), Lebensqualitäten im Quartier und nachbarschaftliche Kommunikation berücksichtigen.

Der Strukturwandel in Oberhausen hat in den letzten Jahren zu starken Veränderungen geführt. Handelsaktivitäten und Umsätze verlagern sich vermehrt ins Internet oder zu dezentralen, nicht integrierten Standorten wie z.B. dem CentrO. Die traditionellen, kleinteiligen und inhabergeführten Fachgeschäfte in der Innenstadt und den Ortskernen sind damit einem existenzbedrohenden Wettbewerb ausgesetzt.

In der Folge werden die Innenstadt und die Ortskerne durch Geschäftsaufgaben darin geschwächt, ihre traditionellen Qualitäten als Erlebnisraum, Bezugs- und Versorgungsmittelpunkte für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie als Wirtschaftsstandorte für Unternehmen zu erfüllen. Leer stehende Ladenlokale und aufgegebene Kauf- und Warenhäuser verdeutlichen die schwierige wirtschaftliche Situation und den zunehmenden Mangel an Kommunikation. Es gilt die Funktion der Innenstadt und der Ortskerne als Erlebnisraum, Bezugs- und Versorgungsmittelpunkt zu stärken und auszubauen, der Wohlgefühlcharakter in kleinteiligen Wohnquartieren muss wiederbelebt werden.

Die Innenstadt und die Ortskerne sind Identifikationspunkte für Stadtbewohner, Visitenkarten für Besucher und Standorte für Unternehmen. Damit haben sie eine tragende wirtschaftliche Bedeutung. Der Einzelhandel gilt seit jeher als Leitfunktion der urbanen Zentren. Er sorgt für die Erhaltung weiterer Innenstadtfunktionen wie Wohnen, Gewerbe, Dienstleistungen und Kultur sowie für Belebung und Passantenfrequenz.

Der Erlebnisraum „Innenstadt“ muss durch gemeinsame Maßnahmen von Handel, Kultur, Gastronomie und Freizeiteinrichtungen gestärkt und durch ein gemeinsames Management und Marketing professionell inszeniert werden. Stadtmarketingprozesse müssen von



Politik und Verwaltung begleitet, entsprechende Initiativen, Vereine und Projekte unterstützt werden. Die Stadt Oberhausen muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt und der Ortskerne zielgerichtet unterstützt werden können. Die Entwicklung lebendiger innerörtlicher Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorte erfordert weitreichende Gestaltungsfreiräume für die Akteure.

Eine aktive Politik für die Stadt Oberhausen braucht zukunftsweisende kommunale und regionale Konzepte für die Entwicklung des Einzelhandels nach dem Zentrale-Orte-Konzept, das Basis der Raumordnung ist. Diese müssen gemeinsam mit Politik, Verwaltung, Verbänden, Kammern, Unternehmern und Bürgerinnen und Bürger entwickelt, mit den benachbarten Kommunen abgestimmt und verbindlich umgesetzt werden. Die von der Landesraumordnung angelegten Maßstäbe und Instrumente bei der räumlichen Steuerung privater Investitionen und öffentlicher Projekte sind hierfür sachgerecht und zielführend. Das Planungsrecht zur räumlichen Steuerung des Einzelhandels muss konsequent vollzogen werden. Alte Bebauungspläne sind an neues Recht anzupassen und unbeplante Gebiete sind zu überplanen.

Die Innenstadt und die Ortskerne müssen für den Wirtschaftsverkehr erreichbar sein. Der PKW ist und bleibt dabei das wichtigste Verkehrsmittel für den Einkaufs- und Lieferverkehr. Daher sind ausreichende Parkmöglichkeiten in der Innenstadt und den Ortskernen notwendig. Auch für genügend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ist zu sorgen. Zugleich ist ein leistungsfähiger ÖPNV gerade für Berufspendler unverzichtbar.

### Das Mass der Stadtentwicklungsplanung ist der Mensch!

Oberhausen ist in seiner Tradition als Arbeiter- und Industriestadt zu sehen.

Deshalb gilt es entsprechende Baudokumente zu berücksichtigen.

Nicht nur Bauten, auch Plätze und ganze Viertel.

Stadtentwicklung beinhaltet

**-Ökologisches**

**-Kulturelles**

**-Soziologisches**

**-Ökonomisches**

**-Ästhetisches**

**-Infrastruktur**

Die Berücksichtigung dieser Faktoren helfen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt sich wohl zu fühlen. Diese Bereiche gilt es synergetisch zu verzahnen, damit sie erfolgreich in die Stadtentwicklungsplanung eingehen können.

## **A) Ökologie – Städtisches Grünkonzept**

Die Begrünung der Stadt auf allen Ebenen ist wichtig.

Die Häuser und Gärten, die Plätze, Alleen und Waldstücke einer Stadt haben gesundheitlich und atmosphärisch besonders positiven Einfluss.

Wir brauchen ein Baum- und Alleenkonzept. Bäume sind – in langer französischer Tradition auch für Oberhausen – das billigste Mittel zum Gestalten von Straßen. Und ein effektives Mittel gegen unsere Umweltprobleme.

Die Stadt braucht nicht nur dazu dringend einen eigenständigen Baumwart. Er soll die Entscheidungsgewalt über Pflege- und Fällaktionen für unsere Wald-, Frei- und Grünflächen nach Absprache und Diskussion mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern haben. Viele Flächen sind der Verwahrlosung überlassen. Das muss aufgehalten werden. Auch unsere bestehenden Alleen müssen mehr pflegerische Aufmerksamkeit erleben.

Freie Flächen und solche die frei werden sollen in unserer dicht bebauten Stadt nicht mit Wohngebäuden zugebaut werden. Stadteigene Gesellschaften und Investoren sollen nicht daran verdienen können, sondern der Bevölkerung sollen diese Flächen zu ihrer Erholung und Freizeitgestaltung erhalten bleiben. Die Idee Oberhausen als „Parkstadt“ zu erleben muss nicht nur Bestand haben sondern weiter entwickelt werden. Pflegekonzepte mit und durch die Bürgerinnen und Bürger gilt es zu erarbeiten, sei es mittels Parkpartnerschaften oder Parkvereinen.

Der John-Lennon-Platz soll ein Paradebeispiel dafür werden.

Pflege und Restauration muss Vorrang vor Abriss und Neubau haben. Es macht ökologisch wenig Sinn mit viel Energie Erbautes mit noch mehr Energie abzureißen, um dann mit noch viel mehr Energie dort Neues zu erstellen.

Beispiele werden der Gartendom und das HDO-Gebäude sein.

Wenn Neues unumgänglich ist, muss es unseren Traditionen gerecht werden und sich ästhetisch, kulturell und soziologisch nahtlos ins Vorhandene einfügen.

## **B) Kulturelles – Die Stadt als Bühne**

Die Kultur unserer Stadt Oberhausen manifestiert sich auch in ihrer Erscheinungsform. Areale und Bauten als Relikte unserer Vorfahren geben uns Erinnerung, Identität und Halt. In ihrer Tradition entwickeln wir unsere Zukunft. Schutz und Erhaltung des Vorhandenen bringt uns zu neuen Ideen, um unsere Stadt zu entwickeln. Selbst der Strukturwandel muss sich an traditionell Übermitteltem orientieren, um nicht als aufgesetzt und künstlich abgelehnt zu werden.

Das „Erlebnis Stadt“ darf durchaus aus dem schöpfen, was unsere Vorfahren gut fanden. Die Kleinteiligkeit der Viertel mit Kneipen und Läden muss wieder als Schablone für Spaß,

Nahversorgung und letztendlich nachbarschaftlichen Kontakt erhalten können. Entsprechende Bedürfnisse, Ideen und Maßnahmen dazu müssen mit den Bürgern vor Ort geklärt werden.

Das „Erlebnis Stadt“, gerade in den Innenstadtbereichen, muss mit neuen Maßnahmen belebt werden. Unsere Innenstädte in Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld sind kulturelle Areale. Das kulturelle Erlebnis muss dort neu „angeleiert“ werden. Die „Naherholung“ muss auch in den Innenstädten stattfinden können. Bühnen für Musiker, Tänzer und Schauspieler sollen den Alltag beleben. Oberhausener Künstler aller Art, ob selbstständig oder aus Vereinen und Verbänden sollen durch ihre Darbietungen die Verweildauer der Menschen in den Innenstädten verlängern. Das Bühnenkonzept soll auch Grundlage werden für Festivals und Wettbewerbe für regionale und überregionale Künstler, somit einladen in die Fußgängerzonen zu kommen. Bänke als einfache kostengünstige Mittel helfen ebenso die Attraktivität einer Fußgängerzone zu steigern. Die Außengastronomie macht dies vor. Bänke haben über den Zweck des Sitzens hinaus auch soziale Funktion, sie bringen Menschen in indirekten und direkten Kontakt. Mehr begrünte Flächen, sorgsam restaurierte Gebäude und Flächen müssen das Wohlbefinden in unseren Innenstadtbereichen fördern.

In der Stadtentwicklung Oberhausens ist darüber hinaus für neues Kulturelles zu sorgen. Forschung und Entwicklung müssen Wege bereitet werden, Fuß in unserer Stadt zu fassen. Eine Hochschule kann unserer Stadt die Kreativität und Innovation von studentischen Bevölkerungsanteilen bringen. Entsprechende kulturelle Szenen beleben die Stadt und ihre Quartiere.

Im Sinne einer positiven Stadtentwicklung muss die kulturelle Landschaft Oberhausens weiter aktiviert, teilweise reaktiviert werden. Als Beispiel kann das HDO-Gebäude bestimmt mit den Oberhausener Kurzfilmtage in eine effektive Zusammenarbeit gebracht werden. Andere Immobilien, die ihre ursprüngliche Nutzbarkeit verloren haben müssen auf eine Nutzungsänderung innovativ überprüft werden. Der unter Denkmalschutz stehende „Gartendom“ ist nur ein Beispiel für solche Überlegungen und darf nicht der bisherigen Abrissbirnenplanung zum Opfer fallen. Die Stadt als Immobilienhändler, der das Hab und Gut aller in den Rachen der Investoren wirft, ist das falsche Model um eine verbesserte kulturelle infrastrukturelle Stadtentwicklungsplanung zu entwerfen.

„Niemand ist so reich, sich seine Vergangenheit zurückzukaufen“ - Treffender als mit den Worten Oscar Wildes kann man sich nicht gegen die Beseitigung des kulturellen Erbes einer Gesellschaft und somit einem Teil ihrer Identität stellen. Die Erinnerungskultur unserer recht jungen Stadt beruht im Wesentlichen auf Orten und Bauten der Arbeit und des Alltags und geben uns damit einen direkten Halt in der Gegenwart, aus dem wir Kraft zur Entwicklung unserer Zukunft schöpfen können. Wie dieses Umfeld unsere Ahnen geformt hat um die Vergangenheit zu meistern, so können auch wir aus ihm Kraft und Ideen schöpfen um unsere Stadt weiterzuentwickeln. Das gewachsene Stadtbild sollte deshalb beibehalten werden ohne sich einem moderatem und vor allem bürgerfreundlichem Wandel zu verschließen. Sorgfältig restaurierte Fassaden und Grünflächen sollten der Charakter des großstädtischen und dennoch naturnahen Bürgers unterstreichen.

Der unvermeidliche Strukturwandel steht diesem nicht entgegen, sondern kann die gegebenen Strukturen vielmehr nutzen um von der Bevölkerung nicht als aufgesetzt und künstlich verkannt und abgelehnt wird.

Man sollte das Gesicht der Stadt nutzen welches es für unsere Vorfahren attraktiv machte. Das „Erlebnis Stadt“ beruhte im Wesentlichen auf dem Miteinander der Bürger in einem überschaubaren Rahmen aus einer kleinteiligen Stadtstruktur. Diese Viertel mit Kneipen und Läden, sollten dem Anwohner wieder als Schablone für eine angenehmes Wohnumfeld dienen, in dem die Nahversorgung und letztendlich der nachbarschaftliche Kontakt wiederbelebt wird. Den Bedürfnissen und Ideen der Bewohner kann so leichter nachgegangen und die Maßnahmen vor Ort getroffen werden. Die Stadtteile Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld haben jeder für sich, eine eigene Identität und bilden autonome Kulturareale die es zu stärken gilt und mit neuen Maßnahmen wiederbelebt werden müssten. Das kulturelle Erlebnis, welches im Kern noch immer enthalten ist, benötigt eine dringende Auffrischung um die Bürger von der Lebensqualität ihres Wohnraumes wieder überzeugen zu können, der nicht zuletzt von einem innerstädtischem Naherholungsfaktor geprägt sein soll.

Dieses Umfeld bedient die Kreativität von ansässigen Künstlern, welche sich im Stadtbild festigen können. Ob selbstständig oder aus Vereinen und Verbänden, ob Musiker, Tänzer oder Schauspieler. Sie alle haben das Potential dieser Stadt ein attraktiveres Gesicht zu geben indem sie die die Innenstädte als Bühne nutzen und so wieder Menschen anziehen. Regionale und Überregionale Künstler sind eingeladen an Festivals und Wettbewerben teilzunehmen, die Fußgängerzonen wiederzubeleben und Gäste von Außerhalb für die Stadt zu gewinnen. Die Kommunikation zwischen den Bürgern darf nicht vor der eigenen Haustür beendet sein. Einfache Mittel wie eine Parkbank dienen dem kulturellen Austausch, indem sie die Menschen in indirekten und direkten Kontakt zueinander bringen.

Neben den Bürgern, können kulturelle Institutionen einen Beitrag zur Entfaltung der Gelehrtheit innerhalb der Stadt beitragen. So kann das bestehende Stadtarchiv in ein „Haus der Geschichte“ umgewandelt werden. Statt als Dienstleister soll es als Ort des Entdeckens und Erlebnisses auftreten. Auch wenn die Aussicht auf die Ansiedlung von Hochschulstrukturen zur Zeit eher negativ zu betrachten ist, heißt es nicht, dass ein studentisches Leben in der Stadt nicht möglich ist. Für Pendler der uns umliegenden Campusuniversität Duisburg/Essen, bietet Oberhausen die perfekte Mitte als Wohnort. Kreativität und Innovation dieser Bevölkerungsgruppe sind ein willkommener Impuls die Lebensqualität aufzufrischen und im nach hinein den Weg für Projekte aus Forschung und Entwicklung in Oberhausen zu bereiten. Zur Entfaltung ihrer Kreativität stehen zahlreiche teils ungenutzte Strukturen in der Stadt zu Verfügung die anhand einige Fallbeispiele aufgezeigt werden sollen.

Besonders betroffen ist Osterfeld mit gleich zwei Immobilien, um deren Nutzung seit Jahren diskutiert wird. Das ehemalige Prestigeobjekt HDO, mit einem voll funktionsfähigem Kinosaal, kann beispielsweise den Internationalen Kurzfilmtagen zur Verfügung gestellt werden.

Auch der direkt gegenüber liegende, unter Denkmalschutz stehende, „Gartendom kann einer effektiveren Nutzung zugeführt werden. Nur sollte dies in einem zeitlich absehbaren

Rahmen geschehen um dem Verfall eines Gebäudes entgegenzuwirken, welche von der Stadt nicht weiter als eine verzichtbare oder gar lästige Immobilie sondern als Bestandteil einer neuen kulturellen Infrastruktur angesehen wird.

Auch die Stadtmitte mitsamt der Marktstraße bildet ein willkommenes Areal zur Auflockerung des Stadtbildes. Es fällt schwer einzugestehen, dass die Zeiten der großen Einkaufsstraßen vorbei sind, umso schneller gilt es für Oberhausen hier ein neues Modell zu finden. Und dieses kann mittel- und langfristig nur durch die Errichtung eines Erlebnis- und Kulturraumes „Obere Marktstraße“ geschehen. Bühnen und Festivals locken die Menschen und fördern die Revitalisierung der Straße. Nischenläden und Gewerbe würden zur weiteren Attraktivität führen und weitere Kunden von Außerhalb ziehen. Weitere Denkanstöße wäre die Bereitstellung der stadteigenen Markthalle als fester Unterstand für den Wochenmarkt, wodurch der Altmarkt als geschlossener Gastronomieplatz zur Verfügung stehen würde.

Schon mit einfachen und auch kostengünstigen Mitteln lassen sich an vielen Orten der Stadt Areale schaffen die zur kulturellen Förderung der Bewohner beitragen und die Lebensqualität steigern können. Denn schließlich sind sie es welche mit ihrer Präsenz und kulturellen Aktivitäten aus Oberhausen mehr als einen Platz zum Wohnen machen.

### **C) Ökonomie - Die Stadt als Branchenmix**

Die wirtschaftliche Wiederbelebung der Quartiere ist auch ein Garant für die Wiedererlangung von Kaufkraft. Was verschwunden ist muss mit entsprechendem ersetzt werden.

Die Marktstraße muss mit Ideen beseelt werden, die sie als Erlebnis für Einkaufen und Verweilen reaktiviert. Schon jetzt gibt es wieder mutige Einzelhändler, Kneipen- und Restaurantbesitzer, die ihre Chance ergreifen und mithilfe dies zu erreichen. Es müssen weitere Anreize für solche Unternehmen geschaffen werden und Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Über eine nach Erfolg gestaffelte Miete für „Starter“ von Läden und Unternehmen muss mit den Immobilieneigentümern gesprochen werden. Die Gebäude der verschwundenen Kaufhäuser gilt es mit innovativen, sinnvollen und attraktiven Angeboten zu beleben. Die Anwohner müssen befragt werden, damit eine Bedarfsanalyse auf Basisniveau für ihre Nahversorgung stattfinden kann.

Dafür wird sich das „Bündnis Oberhausener Bürger“ einsetzen.

### **D) Soziologie - Die Stadt als Ort des Zusammenlebens**

Der Strukturwandel hat Einfluss auf das Sozialgefüge der Stadt. Einwohnerschwund prägt die Realität. Der demographische Wandel trägt ein übriges zur Veränderung bei. Diese Faktoren müssen bei der Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

Sozialräumlicher Trennung muss als obererstem Gebot entgegen gewirkt werden.

Die schwache Einkommenssituation vieler muss bei der Wohnungsverwaltung unserer Stadt berücksichtigt werden. Preisgünstige, aber trotzdem attraktive Wohnungen müssen zur Verfügung stehen. Alle Träger des Wohnungsbestands sind aufzurufen, zu unterstützen oder zu ermahnen dies zu gewährleisten. Vernachlässigung und Vandalisierung müssen mit allen gesetzlich möglichen Mitteln unterbunden werden. Die Attraktivität der Wohnviertel ist durch das Zusammenbringen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken. Nur durch ihre Gespräche miteinander können Mängel und Bedürfnisse erkannt und behandelt werden.

Kitas, Spiel- und Sportplätze müssen in einer Gesamtkonzeption aufeinander abgestimmt werden. Weder Häufungen noch Lücken sind zu akzeptieren.

Das selbe gilt für unsere Schulen.

Die Wünsche der Seniorinnen und Senioren müssen in die Planungen und Umgestaltungen einfließen. Auch ihre Ängste und Wünsche müssen gehört und in die Planungen aufgenommen werden.

Auch die sogenannten „unerwünschten Personen“ haben ein Recht auf Mitsprache und müssen berücksichtigt werden.

Wohnungsleerstände sind zu nutzen, dafür müssen Anreize für Eigentümer geschaffen werden. In den Quartieren ist es unabdingbar, dass sich die dort ansässigen Bewohner, die Eigentümer, die Unternehmer zusammensetzen und ihre gemeinsame Zukunft besprechen. Dies mit dem Ziel die materiellen und ideellen Werte zu erhalten.

Ziel des „Bündnis Oberhausener Bürger“ ist es die Bürgerinnen und Bürger mehr zusammen zu bringen, damit sie selbst Ideen austauschen und entwickeln können, wie ihre Stadt zu gestalten ist. Das städtische Zusammenleben ist auf allen Ebenen zu fördern.

## **E) Ästhetik – Baukultur, Wettbewerbe, Bauberatung, Gestaltungsbeirat**

Die ästhetische Ausbildung unserer Stadt ist ein entscheidender Wohlfühlfaktor. Menschen bevorzugen gut Gestaltetes. Sie sollen ein Oberhausen erleben, das ihnen gut tut und sie weder in Unruhe noch in Agonie fallen lässt. Keine Neubauten, die mehr Wände mit Löchern darstellen als bewohnbare Bauten, sondern am Menschen Orientiertes muss sie umgeben. Durchdachte, praktisch nutzbare und zeitlose Architektur muss die Stadt prägen. Einheitsbauten im tristen Erscheinungsbild von Würfeln dürfen unser Umfeld nicht länger prägen. Keine Brachflächen sollen die Bürgerschaft ärgern, sondern fein arrangierte, nutzbare Grünflächen sollen begeistern. Die Baubehörde muss zum Umdenken bei Genehmigungsverfahren angeleitet werden. Ihre eigenen Planungen müssen in Zukunft am Bürgerwunsch orientierte Schönheit beweisen. Dazu müssen die Verwaltungsangestellten angehalten und auch angeleitet werden. Die Zeit der Planung nach Verordnungen und Gesetzen alleine muss beendet werden.

Einfache Mittel, wie Fassadenneugestaltung oder -begrünung werden hilfreiche Projekte sein, die die Attraktivität von Vierteln günstig beeinflussen.

Der Gartendom in Osterfeld darf nicht abgerissen werden. Er stellt eine überdachte Piazza dar. Er muss belebt und bespielt werden. Er muss eine Aufenthaltsqualität in seiner Funktion als denkmal erfahren.

Der John-Lennon-Platz soll zur stadtästhetischen Ikone des Wohlfühlens werden, indem er eine besondere Qualität für Verweilen bekommt. Begrünung zur Begegnung für verschiedene gemeinschaftliche Erlebnisse müssen an solchen Orten erfahrbar gemacht werden.

Die Stadt Oberhausen benötigt eine ästhetische Neu-Inszenierung. Unter anderem kann die Stadt ein preisgünstiges Lichtkonzept erfahren. Alleen, Bäume, Grünschnitten sind dahingehend zu analysieren und zu verwenden.

Entsprechenden Konzepte will das „Bündnis Oberhausener Bürger“ anstoßen und ins Leben rufen, damit die Ästhetik der städtischen Umwelt verbessert erfahren werden kann.

## **F) Infrastruktur**

In Oberhausen müssen Verbindungen und Wege geschaffen und aufgezeigt werden. Unsere Stadt erschließt sich somit den Fremden schnell und hilft den Ansässigen besser in die Nachbarstädte zu kommen. Ein infrastrukturelles Ganzes muss Individualverkehr und ÖVNP gleichberechtigt einbeziehen. Ökologie und Ökonomie bedürfen dabei strenger Berücksichtigung.

## **G) Planungsbeirat**

Ein ehrenamtlicher unabhängiger Planungsbeirat aus Oberhausener Architekten, Künstlern, Soziologen, Wirtschaftlern und Experten des Garten- und Landschaftsbaus muss der Verwaltung an die Seite gestellt werden. So kann ein konzeptionelles Ganzes besser entwickelt werden, als von einer Verwaltung, die mehr nach Gesetzeslage plant, als nach den Bedürfnissen der Menschen. Dann wird Oberhausen sogar die Möglichkeit haben eine Art Musterstadt zu werden. Das ist das Ziel des „Bündnis Oberhausener Bürger“.

In allen Vierteln müssen die Leute zusammengebracht werden, Bürgerzentren, egal wie klein oder groß, sind oberstes Gebot!

## **H) Weiteres**

- Oberhausen muss eine Stadt „aus einem Guss“ bleiben. Mit Einzelprojekten ohne Zusammenhang erreicht man nur einen zusammenhanglosen Flickenteppich.
- Was wird in der Stadt nachgefragt? Was wird gebraucht? Bedarfsanalysen mittels der Bürger

Zwingend ist ein **DENKMALSCHUTZKONZEPT** einzufordern. Diese Forderung entspricht der Gesetzeslage. Die Denkmalpflege muss endlich eine richtige Denkmalpflege werden und nicht auf dem Stand einer minimalistischen Institution stehen bleiben. Sie muss unabhängig und der Sache verbunden handeln und darf nicht aus Politik und Verwaltung angewiesen werden. Die Denkmalpflege muss die Stadt mit ihren Objekten darstellen, damit man nachvollziehen kann, welchen bedeutenden Anteil der historisch gute Bestand Oberhausens am Stadtbild hat.

In vielen Arealen Oberhausens hat die Devise „Alt vor Neu“ zu gelten. Pflege, Restauration und Nutzung des Vorhandenen muss Vorrang haben. Mit Wiederbelebung muss den Leerständen entgegengewirkt werden. Häuser müssen nicht auf Standardbedürfnisse zurück reduziert werden, damit sie eine scheinbare Konformität des Immobilienmarktes erfüllen.

Entsprechende Konzepte müssen gefunden und genutzt werden. Grundlagen müssen sich finden für alle Wohnformen (z.B. Studentisches Wohnen, Wohngemeinschaften für Jung und Alt, Großfamilien, etc.)

Daran will das „Bündnis Oberhausener Bürger“ zusammen mit der Bürgerschaft wirken.

### **Weitere Gedanken zur Stadtentwicklung von Prof. Dr. Roland Günter**

Die Mehrheitsfraktionen haben sich über 20 Jahre lang dem Sparzwang ausgeliefert und durch Ideenlosigkeit und Zerstörung depressive Stimmung geschaffen. Damit kann man auf Dauer keine Stadt regieren. Und Zerstörung von guten Gebäuden ist keine gute Bewegung.

Der Wahlkampf ist die Zeit von Wahl-Krämpfen. Mit leeren Parolen und an den Haaren herbei gezogenen Verteufelungen.

Die Bürger-Gemeinschaft BOB will das nicht und macht dies nicht.

Daher setzen wir dagegen eine Vision: Konkrete Maßnahmen im Stadtviertel. Mehr konkrete Lebens-Qualitäten in den Vierteln. Mit vielen kleinen Maßnahmen – dort wo die Menschen leben.

Wir hoffen, dass viele Menschen die pseudopolitischen Sprachblasen satt sind und sich vernünftige Diskussionen mit konkreten Vorschlägen wünschen. BOB liefert dazu diesen Beitrag.

#### **Konkrete Lebensqualitäten**

im Viertel

Wo gibt es für alte Menschen **Bänke**? Jede Straße müsste sie haben. Für alte Leute.

Für Menschen mit Beschwerden. Auch für Kinder.

**Bänke** können von Bürgern gemacht, gestiftet und aufgestellt werden.



Man braucht konkrete Anregungen, Situationen, Beispiele. Wir müssen **Aufenthalts-Qualitäten** fördern und vermehren

Man kann viele Situationen in den Städten mit wenig Aufwand so anlegen, dass sie günstiger und attraktiver werden zum **Aufenthalt**, sich unabsichtlich zu treffen und miteinander zu reden. Wie wird man auch außerhalb des Betriebs, in der Freizeit, als Kind, als Jugendlicher, als Rentner geschützt und wo und wie kann man sich wohlfühlen.

Schulen als **Treffpunkte** in Stadt-Vierteln zur Verfügung stellen. Mit mancherlei Requisiten. Dies kann vor allem kleinen Theater-Gruppen dienen.

Der Garten-Dom gehört zur Olga. Er ist ihre **überdachte Piazza**. Wer ihn abreißt, amputiert den Park und begeht ein Verbrechen.

Öffentliche Orte können **bespielt** werden. Dann erlebt man besser ihre Werte. Dafür gibt es manche Kräfte, die dies gern tun, aber noch nicht auf den Gedanken gekommen sind oder meinen, dass sie dies nicht tun dürfen.

Die öffentlichen Plätze bevölkern. **Tage ausrufen**, wo Menschen gebeten werden, Plätze zu beleben: an mitgebrachten Tischen zu essen und zu trinken.

Jeden Monat auf einem öffentlichen Platz eine **substantielle Rede**.

**Wahrnehmung**. Nur ein kleiner Teil der Bewohner kennt seine Stadt. Man kann anregen und helfen, dass die Bewohner die Stadt entdecken: Eine Karte anfertigen mit attraktiven Bereichen. Bewohner können sie suchen und Nachrichten sowie Fotos dazu eingeben.

Wir sollen nun **Karten** besonderer Art produzieren und ausgeben.

Arbeit im **Internet**

**Tafeln** an Gebäuden und interessanten Orten.

Schulen brauchen wieder Kenntnisse des Ortes – früher nannte man dies **Heimatkunde**.

**Vereine** einbeziehen.

**Kirchen-Gemeinden**.

**Kataloge von Gelungenem**.

**Übersichts-Karten**. Wo ist was?

**Stadt-Bild**. Ein Wagen fährt in die Stadtteile und zeigt im Inneren Bilder der Stadt.

Das Stadtarchiv kann hilfreich sein: Material zu vielen Themen suchen und zum Kopieren bereitstellen. Die Stadtbibliothek kann **Texte und Bilder zur Stadt** bereithalten.

Leuchttürme muss man in **Zusammenhängen** zeigen. Auf einem Plakat u. a.

Es gibt Objekte, die **erschlossen** werden müssen.

**Wege gestalten**, sie ins Bewusstsein rücken. Mit anregenden Zeichen.

**Verbindungen im weiträumigen Osterfeld.** (wird weiter bearbeitet)

Osterfeld ist sehr weiträumig. Wir wollen einiges tun, damit ein Bewusstsein für Zusammenhänge entsteht. Dafür wollen wir Wege markieren.

Beispiel für einen sehr ereignisreichen schönen Weg: Eisenheim – Olga – Gartendom als überdeckter Platz – Steigerhaus – Förderturm – Torhäuser – HDO-Komplex – großer Markt.

Beispiel: Kontor- und Wohnhaus der Antoniehütte. Platz. Stauteich. Wiese. Ausgrabung und Halle. - Schacht IV. - Platz Hasenstraße/Elpenbachstraße. Schulen. Katholische Kirche. - Birkenhof-Siedlung. - Jacobi-Siedlung. - Volksgarten. – Siedlung Stemmersberg.

Beispiel: Großer Marktplatz. – Brücke über die Osterfelder Bahn. – Emscher. – Kanal. Brücken. – Gasometer. – Grafenbusch-Siedlung. – Kaisergarten. – Schloss. – Kanal-Brücke. – Sport-Anlage.

Beispiel: Kern von Osterfeld. – Nordbahnhof (Rheinische Bahn). Bergstraße und Genossenschafts-Viertel. – Jacobi-Siedlung. – Jacobi-Allee.

Beispiel: Kern von Osterfeld. – Pankratius-Kirche. - Unterführung. – Siedlung Vondern. - Bürgerhaus. Konsum-Anstalt. – Haus Vondern. – Steiger-Viertel .

Beispiel. Kern von Osterfeld. – Gesamtschule. – Rathaus. - Eisenbahner Viertel. - Bottroper Straße – Kickenberg - Solbad – Revier-Park. – Gesundheitspark Quellenbusch (Bottrop).

Beispiel: Kern Osterfeld – Ripshorster Straße/Siedlung und Bürgerhaus – Polonyi-Brücke – Industriewald – Umwelt-Zentrum – Schlaich-Brücke.

Die Erfahrungen von Wegen beschreiben, analysieren und gegebenenfalls verbessern.

Wege-Inszenierungen.

Licht-Inszenierungen.

Fokus-Punkte.

Zeichengebung/Markierung und Tafeln.

**Die Wanderroute** in Osterfeld, die bereits konzipiert ist, wollen wir einfach herstellen, indem wir Aufkleber anbringen. Wir fragen nicht nach Erlaubnis, sondern sagen: „Wir sind Oberhausen.“

**Übersichten.** Wir brauchen Überblicke, um den Reichtum dieses Stadt-Bereiches zu erkennen. Wo ist was?

Auch als Orientierung.

Karten.

Tafeln.

Beispiel: Osterfeld hat einen Pulk an interessanten Baudenkmälern. Sie sind Fokus-Punkte.

Wir stellen sie an mehreren Stellen im Zusammenhang (Plakate mit kleinen Bildern und Text) dar.

Die Erfahrungen von Wegen beschreiben, analysieren und gegebenenfalls verbessern.

**Wege-Inszenierungen.**

**Licht-Inszenierungen.**

**Markierungen und Zeichen.**

**Fokus-Punkte** suchen, um die Identität von Kleinbereichen zu intensivieren.

**Sackgassen.** Man kann viele Straßen zu Sackgassen zu machen. Dadurch werden wichtige Lebens-Qualitäten geschaffen: Ruhe, Gefährlosigkeit, die Straße wird zum Platz, Kinder können hier spielen, man kann Feste feiern.

Dies lässt sich steigern, wenn man ein kleines hölzernes Gartenhaus aufstellt, in dem man **Spiel-Geräte** aufbewahrt.

Es kann den Adoptiv-Großvater geben, der **Geschichten** erzählt. Und ein Schauspieler kann lehren, wie man spannend vorliest. So entsteht eine **Lese- und Erzählkultur**.

Bewohnern und Gruppen ein Stück des öffentlichen Raumes **zum Gebrauch und zur Pflege** übergeben: Sie können eine solche kleine Fläche in Besitz nehmen, darauf etwas **ausstellen**, sie zum **Treffpunkt** für manche Leute machen.

Den **Charme** von Orten entdecken und herausarbeiten. Literaten darüber schreiben lassen. Ihre **Texte an Wänden** anschlagen.

**Hinterhöfe.** Hinterhöfe können interessant sein. Sie können auch interessant gemacht werden. Manche Hinterhöfe eignen sich zum Vorzeigen. Dann kann man an der Straße einen Text anbringen, der auf den Hinterhof hinweist und etwas über ihn erzählt. **Handwerker** im Stadtteil sammeln. Aus manchen Hinterhöfen können Kleinhandwerker-Höfe entstehen. Wichtig: Niedrige Mieten. Und Kommunikation. Karawanserei-Gedanke.

Verfallene Stadtbereiche können von Studenten, die Quartiere suchen, wieder anziehend gemacht werden. Als **Studenten-Viertel**. Dies ist eine Attraktivität, die so gut wie nichts kostet, aber sehr wirksam ist.

**Zuwanderer** willkommen heißen. Über **Handwerke** integrieren. Jeder kann etwas gesellschaftlich Nützliches tun. Wer ein Instrument spielt kann **Straßen-Musik** machen. Die Sozialkasse ist nicht nur für die Betriebswirtschaft da, sondern auch für gesellschaftlichen Nutzen.

Das Stadt-Archiv muss zum **Haus der Geschichte** werden.

Die Ganztags-Schule ist eine große Herausforderung: nachmittags Kinder und Jugendliche nicht nur verwahren, sondern bilden. Wo kann man sich besser bilden als mit der **Erfahrung einer lebendigen Stadt**. Mit dem Potenzial dieser Mädchen und Jungen lässt sich sehr viel entwickeln.

Die Jugend-Arbeit von Sportvereinen und anderen Gruppen **darstellen**. Sie können sich auch kulturell entwickeln.

**Verkehrs-Reduktion.** Das Straßen-System ist weithin banal nach der Vorstellung des kleinen Moritz so angelegt, dass jedwede Autos, kleine und schwere, in jeglicher Weise die Straßen befahren dürfen. Wir müssen das Verkehrs-Netz hierarchisieren. Dadurch entstehen ruhigere Bereiche. Schnelle Straßen – Erschließungsstraßen – Wohnstraßen.

Wir müssen den öffentlichen Verkehr transparenter machen, damit er mehr genutzt wird. Dazu gibt es einige Ansätze, aber nicht genug. Für alte Leute **besser lesbare Fahrpläne** in großer Schrift.

Haltestellen mit **Informationen** über ihre Umgebung. Anschauliche Vorstellungen über die **Routen und was neben ihnen liegt**.

Wir brauchen **Aktionen zur Reduktion von Verhässlichkeiten** der Stadt. Zum Beispiel sollten langsam die hässlichen Plastik-Jalousien verschwinden. Und hässliche Verkleidungen.

Aufmerksamkeit und Anforderungen an Baukultur sollen sich auch auf **Gewerbe-Flächen** und –Bauten richten. Sie müssen so werden, dass man Nachmittags mit Gewinn einen Spaziergang durch solche Bereiche machen kann.

Was in Betrieben geschieht, möge sich auch auf Tafeln mit einigen **Erklärungen** zeigen.

Schulungen sind notwendig für den **Grünflächen-Bereich**. Auch im Hinblick auf die größte produktive Landschafts-Umwandlung der Welt: mit dem Emscher-Landschaftsplan und der Emscher-Umwandlung.

Wir brauchen ein **Baum- und Alleen-Konzept**. Bäume sind – in langer französischer Tradition, auch im Blick auf das Beispiel der Stadt Oberhausen – das billigste Mittel zum Gestalten von Straßen. Damit kann man raumgreifende Zusammenhänge herstellen. 50 Jahre hat man am Konzept der „Parkstadt“ gearbeitet. Dazu gab es im Schloss eine Ausstellung und ein Buch. Wir müssen es weiterführen.

**Baum-Reihe**. Eine Straße kann man spannend werden: mit einer Baum-Reihe in der Mitte.

Wir benötigen viel **Lernen zur Baukultur**: durch öffentliche Diskussionen. In Schulen, in der Volkshochschule, in der Presse, in Vereinen.

Notwendig ist ein **Licht-Konzept** für die Stadt – als Lichtkultur.

Ästhetik der **Fassade** von Rewe. Dies ist die Schauseite von Osterfeld. Seine Visitenkarte. Der vorliegende Entwurf muss überarbeitet werden - mit etlichen Verbesserungen.

Dazu gehört das westliche Eckgebäude, dessen schöne Fassade stehen bleiben muss.

Die Stadt soll eine **kostenfreie Bauberatung** einrichten – für Bauherren, Architekten, Anstreicher. Sie darf sich nicht beschränken auf das Feld der Baugesetze, sondern muss darüber hinaus **qualitativ Rat** geben für eine Verbesserung des Bau-Niveaus. Baukultur wird zwar oft als Stichwort gebraucht, aber sie ist überhaupt noch nicht konkret. Dazu muss die Stadt mit ihrer Baubehörde beitragen. Man braucht immer wieder Schulungen der Mitarbeiter und der Dienstleister.

Das **HDO-Gebäude** ist bestens in Schuss. Man kann es vermieten – realistisch ist: partienweise. Es gehört zu Osterfeld. Man darf Osterfeld nicht die Gaststätte und das Bistro nehmen.

Das HDO wäre ein idealer Sitz der Internationalen Kurzfilmtage – ein **Filmhaus**. Die Kurzfilmtage-Hauptpräsentation soll weiterhin in der Lichtburg stattfinden,

**Garten-Dom.** Das riesige Gebäude, ein Baudenkmal, war eine Anlage, um verschiedene Sorten von Kohlen so zu mischen, wie man sie für speziellen Koks benötigte. Den Koks und Koks war nicht dasselbe. Vielmehr brauchte man zur Herstellung spezieller Stähle speziellen Koks.

Dafür gab man den Entwurf für das Gebäude bei einem berühmten Architekten in Auftrag: bei Behnisch, der zuvor bekannt geworden war durch die Bauten zur Olympiade 1972.

Schon lange wird nach einer neuen Nutzung gesucht. Bislange war es nicht möglich, sie zu finden. Ein Hindernis war auch, dass der Kaufpreis viel zu hoch war. Weil er nun unten ist, wachsen die Möglichkeiten.

Wenn es aber keine betriebswirtschaftliche Nutzung gibt (auch viel anderes ist Nutzung !!!), ist dies kein Grund, das Gebäude abzureißen. Der Abriss kostet wenigstens 500 000 Euro. Die Stadt, die es erworben hat, würde dieses Geld verlieren. Mit Nutzen hätte ein Abriss nichts zu tun.

Notwendig ist auch eine Zusammenarbeit mit der **Denkmalpflege**, die endlich eine richtige Denkmalpflege werden muss und nicht auf dem Stand einer minimalistischen Institution stehen bleiben darf. .

Denkmalpflege darf aus der Politik und der Verwaltung **ebenso wenig angewiesen** werden wie das Theater und die Feuerwehr.

Es gibt noch weit mehr **Baudenkmäler**, als die bislang bequeme Denkmalpflege angibt.

**Denkmalpflege.** Es gibt sie, aber kaum jemand nimmt sie wahr, Sie muss auf sich aufmerksam machen. Die Denkmalpflege soll den Auftrag erhalten, die Stadt darzustellen: mit ihren Objekten. Damit man endlich sieht, welchen bedeutenden Anteil an der Stadt der historisch gute Bestand spielt – als Schokoladen-Seite der Stadt. Die Stadtentwicklung erhält den Auftrag, dies weiter zu treiben.

Sie soll auf der Stadtkarte Gebiete angeben, die gelungen sind. Dann sollen die Planer die Maxime erhalten, damit besonders sorgfältig umzugehen.

Viele Häuser muss man **nicht auf die Standard-Bedürfnisse** umstricken, die angeblich der Markt in seinem Konformismus fordert. Es gibt Nachfrager, die andere Ansprüche haben. Zum Beispiel Studenten. Auch Wohn-Gemeinschaften haben andere als normale Ansprüche.

Zur räumlichen Dimension der Baukultur gehört auch ein tiefgreifender Wandel in der Verkehrs-Struktur und Verkehrspolitik. Stichworte: **Entschleunigung**. Hierarchisierung. Rückbau von Verkehrs-Flächen. Wir haben die Stadt in ein Gebilde von nervöser inhaltsarmer Beweglichkeit verwandelt, wo man sich eher abwendet als aufmerksam zu

werden. Wir müssen auch die Ohnmacht überwinden, die daraus entsteht und zur Folge hat, dass wir an der Stadt nicht produktiv weiter arbeiten.

Wir brauchen **Läden**, in denen sich die Verkäuferin noch dafür interessiert, was die Enkelin des Kunden macht.

Wir müssen Lösungen suchen, um wieder **kleine Läden** zu ermöglichen. Zum Beispiel nach der Dorfladen-Idee. Günstige Miete. Beschränktes Angebot. Beschränkte Öffnungszeiten. Kleine Läden sind die Gewürze in der Suppe.

Wir wollen über Verschönerung der Stadt und der Straßen reden. „Unsere Stadt soll schöner werden.“ **Anerkennungen** aussprechen. Menschen zusammen führen. **Vorschläge** machen – vor allem für die Bewohner.

Bäume pflanzen – zum Andenken an jemanden. Als **Baum-Pate** dran bleiben. Gedichte und Fotos anhängen.

**Blumen. Blumen. Blumen.** Man muss viele Menschen animieren, sich Blumen hinzustellen. Nicht nur in Vorgärten, sondern auch an Fenster-Bänken aufzuhängen. Blumen können miesen Ecken ein anderes Gesicht schaffen.

Eine Aktion „Blumen in der Stadt“ können die **Blumen-Händler** initiieren und finanzieren.

Ebenso eine „**Aktion tote Ecken lebendig machen.**“ Mit Blumen.

Die schlechte Qualität vieler Fassaden lässt sich durch **wilden Wein (nicht Efeu)** überspielen: als „barmherziges Grün“.

Bänke oder Stühle **vors Haus stellen.** Dies ist gut für die Hausbewohner und für die Leute, die dazu kommen – vor allem eine Anregung zu nachmittäglichen Spaziergängen.

**Gärten** kann man lebendiger machen.

In der Stadt **verwahrlost** viel Grün. Wir brauchen Nachdenken und kleine Eingriffe, um Sichten und Sicht-Schneisen herzustellen.

**Poetische Orte** als eine neue Dimension der Stadt anlegen. Nachdenk-Orte mit einem literarischen Zeichen. Darin können sich Programme entfalten. Die Siedlung Eisenheim hat ein Programm für Poetische Orte.

**Poetischer Park.** In Eisenheim gibt es den poetischen Tonino-Guerra-Park.

Nicht jede alte Wand muss gestrichen werden. Nicht alles muss aussehen wie im Wohnzimmer. Lasst allerlei **Patina** entstehen. Dies regt Gefühle. Wenn man es im mediterranen Urlaub mag, warum dann nicht auch in der eigenen Stadt.

Städte brauchen: **Milieus**. Atmosphäre. Charme. Geist.

Dies hat mit ausdrücklicher Unterschiedlichkeit zu tun, die man sehen und anerkennen muss.

Man muss keine Angst vor sogenannter „Überfremdung“ (was für ein unsemantisches Wort !) haben, wenn man mal eine Straße türkisch aussehen lässt. Es gibt halbe Stadtviertel, die toskanisch geprägt sind: mit den Villen aus dem 19. Jahrhundert.

An viele Wände kann man **Texte** schreiben. Die Siedlung Eisenheim wurde mit 70 Text-Tafeln erzählt. Der Doktor Luther wollte die Geschichten der Bibel an die Haus-Wände seiner Stadt Wittenberg schreiben.

Man kann kleinen **Vierteln Namen geben**.

Wir regen an, Viertel mit **Geschichten** zu versehen.

Mit **Geschichten von den Leuten** (wie in Eisenheim), von Kindern, von Literaten.

In den **Kirchen** gibt es eigentlich viele Geschichten, aber wir müssen sie wieder lebendiger machen – und öffentlich. Dies könnte – innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft – dazu führen, dass sie wieder ernst genommen werden. Nicht nur von den jeweiligen konfessionellen Leuten, sondern auch von anderen.

Wer in solcher Weise wahrnehmen kann, lernt auch das „**Andere des anderen**“ (Adorno) zu sehen und zu schätzen – als Teil der eigenen Stadt.

**Licht**. Ein Beispiel. Es gibt im Kern von Osterfeld Lichtgebung von sehr unterschiedlicher Art. Nichts ist aufeinander abgestimmt. In den Straßen gibt es alte Peitschenlampen, die miserable Atmosphäre erzeugen. Dann hat man neue Laternen dazwischen gestellt, die ein Design haben sollten. Aber als Beleuchtung sind sie gänzlich ungeeignet. Es muss ein Beleuchtungs-Konzept gemacht werden. Dieses darf sich nicht an den Lux-Ziffern orientieren, weil sie mechanisch und unatmosphärisch sind. Licht muss Atmosphäre bilden. Und Licht muss menschliche Räume schaffen. Wenn man eine Straße entlang läuft, muss man durch eine Folge von kleinen, intimen Licht-Räumen gehen können.

### **Der Kern von Osterfeld.**

Der große Platz in Osterfeld muss gestaltet werden. Heute ist er diffus. Vertan. Nicht mehr als ein Parkplatz, am besten sieht er aus, wenn dort Markt ist. Vor allem die West-Seite soll gestaltet werden. An der Südseite gab es eine Baumreihe, sie soll wieder hergestellt werden.

Der Dreiecksplatz an der Gildenstraße soll eine Licht-Inszenierung erhalten - von Platz und Straße.

Ästhetik der Fassade von REWE. Dies ist die Schauseite von Osterfeld. Dazu gehört das westliche Eckgebäude, dessen Fassade stehen bleiben muss.

Über diesen Platz darf keine Zufahrt zu REWE gestattet werden, sonst ist er hochgradig entwertet. Die Verkehrserschließung von REWE muss über die Hans-Sachs-Straße laufen.

### **Platzartige Situationen.**

Wir wollen uns im Stadtteil nach Situationen umschaun, aus denen wir mit wenig Aufwand Platzartiges schaffen. Sie sollen gliedernde Fokuspunkte im Raum sein.

**Plätze** lassen sich verbessern: mit niedrigen Mauern, auf die man sich setzen kann – auch als Paradies für Kinder. Auch mit Scheiben-Flächen.

### **Tausch-Märkte** veranstalten.

Unkonventionell Möglichkeiten zu **Gelegenheits-Arbeiten** geben. Dafür Kommunikation herstellen – mit einem Schwarzen Brett an bestimmten Stellen. Keine Angst vor Behörden haben, die am liebsten jeden Handschlag tributpflichtig machen wollen. Es gibt eine klare Grenze zwischen berufsmäßiger Ausübung mit Verpflichtungen und Gelegenheit.

Es kann nicht angehen, **Kunst in den öffentlichen Raum** zu stellen und sie dann vandalieren zu lassen oder nicht zu pflegen.

Ein **Buch** soll die Kunst im öffentlichen Raum abbilden, wie es zum Beispiel Düsseldorf hat.

**Menschliches Maß: im „Kiez“.** Die Stadt ist zwar untergliedert in Stadtteile, aber diese sind von viel zu groß. Daher erscheinen sie abstrakt. Konkret werden nur Kerne wahrgenommen, die Dichte und Charakteristik haben. Es ist ein anthropologisches Bedürfnis, Nachbarschafts-Bereiche zu erleben – also eine konkrete Umgebung. Am besten ist dies in Siedlungen. Daher bedürfen sie eines besonderen Schutzes. Der kleinräumige Umkreis ist der städtische Bereich, um den man gern am Nachmittag seinen Spaziergang machen möchte. Dafür gibt es ein Wort, das aus der Erfahrung in Berlin stammt: das „Kiez“. Hier kennt man sich aus, es hat eine Charakteristik, man fühlt sich nicht im All aufgelöst, sondern irgendwie konkret und geborgen. Wir müssen die Stadtteile in solche Kleinbereiche untergliedern. Und sie kennzeichnen: für das Bewusstsein und für das Gedächtnis.

Die Dienstleister der Verwaltungen müssen viel mehr **gescheiterten Rat** geben.

Es müssen nicht die ganze Nacht hindurch alle **Straßen-Laternen** brennen. Inzwischen gibt es Sensoren: Wenn jemand kommt, geht das Licht an – und wenn er weg ist, geht es aus.

**Ampeln** sind sehr teuer, besonders in der ständigen Wartung (10 000 Euro pro Jahr). Viele Ampeln kann man abschaffen.

Der Bürger darf sich nicht darauf beschränken, lediglich seine gesetzlich zustehenden Rechte einzufordern (auch dies), sondern er muss – in der Demokratie – auch **selbst tätig** werden.

Politik und Verwaltung sollen sich in Schulungen und Diskussionen eintrainieren in das Kapitel **„Regieren ohne oder mit sehr wenig Geld“.**



## **Nachdenken**

Wem gehört die Stadt? - Wir sind die Stadt – erst dann kommen Parteien und die Verwaltung. Dies darf man nicht umdrehen.

Uns gehört die Stadt, nicht einer kleinen Gruppe von Partei-Leuten, die im Hinterzimmer über uns entscheiden wollen. Wir sind Oberhausen und nicht diese Gutsherren.

Wir sind kein Gutshof, wo ein Gutsherr mit einer kleinen Gruppe von Vasallen uns zur Beute nehmen darf und dann macht, was er will.

Gutsherrlich bestimmen einige Leute, dass abgerissen wird, was uns allen gehört. Wir wehren uns gegen den Abriss des Garten-Dom und des HDO.

Das Haus der Jugend, das beste Gebäude der Nachkriegszeit, ist durch Willkür, vor allem von Hartmut Schmidt (OGM), bereits abgerissen worden.

Der Garten-Dom soll abgerissen werden. Dies ist verständnislos, denn er gehört zum Olga-Park. Er ist deren überdeckter Platz. Auch bei schlechtem Wetter und für viel anderes. Dafür ist der Garten-Dom herzurichten. Dies kostet sehr wenig, im Wesentlichen muss man nur aufräumen.

Das HDO-Gebäude ist ein Teil von Osterfeld – mit vielen Möglichkeiten. Es ist im besten Zustand. Wir wehren uns gegen den Abriss. Man kann es vermieten – realistisch ist: partienweise.

Die Stadt gehört der Gesellschaft. Dies heißt: allen Bürgern.

Die Stadt ist der öffentliche Raum.

Es gab eine Zeit, in der sich Könige und Fürsten alles Eigentum angeeignet hatten. Aber diese sind verschwunden, seit es die Republik gibt. Unsere demokratische Verfassung hat dieses Eigentum wieder der Gesellschaft zurückgegeben.

Die Stadtverwaltung und die Politik, die sie dirigiert, hat kein Eigentum. Ihr ist nur in gesetzlichem Rahmen das Verwalten von einigem übertragen. Sie hat vergessen, dass es der Gesellschaft d. h. den Bürgern gehört. Wir müssen jetzt an diesem Bewusstsein arbeiten.

Plätze, Wege, Freiräume gehören uns alles. Es gibt ein paar menschliche, zivile Regeln.

Wenn ich nichts zerstöre, kann ich auf Plätzen ohne Erlaubnis demonstrieren und ausstellen.

**Eine Art ständiges Volksparlament** ist der „Runde Tisch“ im Café des HDO-Gebäudes. Dort fanden und finden lebendige Diskussionen zu Osterfeld statt. Die Eifersucht von SPD und Grünen ist völlig unangebracht. Denn wir alle können uns freuen über eine lebendige Bürger-Demokratie. Im Grundgesetz steht nämlich nicht, dass die Parteien die Willensbildung des Landes machen, sondern „Die Parteien wirken an der Willensbildung mit“. Sie haben kein Monopol. Sie müssen umdenken und an der „Bürger-Demokratie“ mitarbeiten. Es gilt auch, dass der Bürger der beste Experte für sich selbst und sein Umfeld ist. Und dass viele Augen mehr sehen.

Wir wollen, dass Schluss ist mit dem Verstecken von Osterfeld. Verwaltung, Politik und wir alle sollen Rede und Antwort stehen.

Wir wollen auch, dass Schluss ist mit der Missachtung und Vernachlässigung von Osterfeld durch das Rathaus.

## **Schluss mit dem Filz nach Parteibuch.**

Heute nehmen die sogenannten Regierungsparteien nahezu ausschließlich die Positionen für sich ein, schieben sie sich zu, bedienen die Partei-Hierarchie, oft ohne Befähigungen, lassen anderen fast keine Chancen.

Eine Zeit lang kriegte, wie man sagte, „jeder, der mal zur Wahl ein Flugblatt verteilte, einen Hausmeisterposten und wer einen Leserbrief schrieb, ein Ampel.“

Wir sind jedoch schon lange eine pluralistische Gesellschaft. Man darf kein Rathaus verfilzen: als Karriere-Bedingung das Parteibuch voraus setzen.

Der Papst nennt sich „Diener der Diener Christi.“ Er ist bescheidener als der Filz in der Stadt. Die Leute in den Parteien und Verwaltungen sollen uns dienen. Wir wollen, dass Schluss damit ist, dass sie „die Stadt zur Beute“ nehmen. Und nach Parteibuch verteilen.

### **Die Stadt ist keine Firma.**

Die Stadt ist keine Firma von Politik und Verwaltung mit Unterebenen. Vielmehr soll die Stadt eine Korporation sein (Max Weber) und gelebte Demokratie. Daher müssen Politik und Verwaltung mit den Bürgern arbeiten. Es genügt nicht, sie ab und zu mal einzubeziehen. Nicht nur gelegentlich (nicht einmal dies geschieht), sondern als Struktur. Dies ist in der Demokratie unabdingbar. Wo es nicht stattfindet, haben wir immer noch einen zwar verbrämten, aber im Kern weiter existierenden Absolutismus des 18. Jahrhunderts.

Wir brauchen die Aktivität jedes einzelnen Bürgers und der Gruppierung von Bürgern.

Teile ihres Einkommens in Form von Steuern werden eingesetzt, um damit Gemeinschafts-Infrastrukturen und Gemeinschafts-Leistungen zu schaffen.

### **„Euch ziemt es nur, das Maul zu halten.“ (Heinrich Heine)**

Die Tätigkeit der Bürger darf nicht darauf beschränkt werden, Steuern zu zahlen, den Mund zu halten, nichts tun zu dürfen. Dann nämlich haben sie auch nur sehr wenig mit ihrer Stadt zu tun.

### **Gutes Leben oder Immobilien-Wirtschaft?**

Es sieht so aus, dass sich in den Verwaltungen der Stadt sich niemand mehr darum kümmert, wie gutes Leben aussehen kann. Und wie man in diese Richtung arbeitet.

Die Städte machen sich besoffen mit Immobilien-Wirtschaft. Sie rechnen die letzten freien Flächen zusammen, reden dann von „Entwicklungsprogrammen“, die nichts anderes sind als „Verkauf der Stadt“ für Immobilien-Geschäfte. Über ihre Gebäudemanagement GmbHs, in O mit ihrem besonders rücksichtslosen Chef Hartmut Schmidt, machen sie selbst kräftig die Geschäfte mit. Der Bürger hat nichts davon. Im Gegenteil: Es werden öffentliche Gelder und öffentliche Möglichkeiten in private Investoren-Taschen geschoben. Es erhöht sich kein Stück Lebensqualität.

### **Verhaltensweisen.**

Wir brauchen andere Verhaltensweise. Der Bürgermeister nennt sich Meister der Bürger. Aber die Bürger will er kaum noch kennen. Er arbeitet nicht *mit* ihnen, sondern zieht sich zurück zu den wenigen, mit denen er sich umgibt.

Heute haben wir es mit einer Farce zu tun: Wer in der Bezirksvertretung als Bürger einen Satz sagen will, muss dies 4 Wochen vorher anmelden. Er darf nur fragen. Er muss bei der Anmeldung sagen, was er fragen will. In der heutigen Praxis erledigen die Parteien die Demokratie durch Formalien. Der Mensch kriegt mit großen Hindernissen endlich Rede-

Recht, aber es wird ihm unmissverständlich deutlich gemacht, dass er nicht willkommen ist. Schluss mit dieser Entwürdigung. Eine Sitzung der Bezirksvertretung muss mehr sein als ein schnelles durchwinken von bereits vorher Beschlossenem. Schluss mit dieser Zwangsjacke eines unwürdigen Verfahrens. Wenn herkömmlich Sitzungen nur eine Stunde dauern und sogar ausfallen, dann gibt es genug Zeit für Diskussionen.

Ein Beamter charakterisierte den deutschen Beamten/Bürokraten mit folgenden Sätzen: „Der Beamte führt sein Leben lang eine *Abwehrschlacht*. Wenn ihn ein Bürger aufsucht, schaut er ihn misstrauisch an – mit der inneren Frage: Was führt der Bürger im Schilde? Er verlangt etwas von mir, ich kann es nicht - und ich will es möglichst nicht.

Wir wollen die Psychologie des Beamten verändern: Er soll einen Bürger empfangen mit den Worten: „Wie schön, dass wir eine Viertelstunde miteinander sprechen können. Fühlen Sie sich wohl. Dies ist auch *ihr* Haus. *Ihr* Raum, *Ihr* Sessel. Der Kaffee wird uns gleich gebracht. Sie haben sicher etwas, das *ich für Sie* tun kann. – Sie machen einen Vorschlag, den ich gern höre. Ich werde dafür tun, was ich kann. Und wenn wir ihn in diesem Jahr nicht zu realisieren vermögen, merke ich ihn mir gut und versuche, dass wir ihn gemeinsam in naher Zukunft umsetzen.“

Diesen Beamten müssen wir uns erst backen! Wir wollen es tun.

Heute ist die „Abwehrschlacht“ noch besetzt vom „Typ Misstrauen“. Er sagt: Dafür gibt es keine Chance. Wir haben kein Geld. Und die Aussichten sind sehr schlecht. Nächstes Jahr gibt es noch weniger. Und übrigens: Dafür bin ich nicht zuständig. Der Bürgermeister wird Ihnen auch nicht helfen. Es hat keinen Zweck, sich an ihn zu wenden.

Sagen Sie ihm: Danke für Ihr Entgegenkommen und Ihre Ratschläge, ich wollte aber nur Guten Tag sagen, das kostet nichts, und Ihnen Glück wünschen, das ist auch gratis. Freuen Sie sich nicht darüber? – Sie erhalten vielleicht die Antwort: Na, dann sind wir ja durch.

Politik wird gemacht durch Schau und durch liegen lassen. Ankündigung in der Presse – und vergessen.

### **Geheimhaltung.**

Die Mehrheits-Fraktionen und die Verwaltungen regieren nach wie vor wie in Kaisers Zeiten (manche Gesetze stammen noch von daher) mit Geheimhaltung und Schweigepflicht. Dadurch werden öffentliche Diskussionen verhindert und damit Einfluss der Bevölkerung auf die Planung. Wir wollen, dass das Rathaus einsehbar ist. Es gibt fast nicht, was man geheim halten muss. Wir streben das „gläserne Rathaus“ an. Denn wir sind die Stadt.

### **Undurchschaubarkeit.**

Schluss mit Intransparenz. Das Gesetz zur Information von Bürgern über Maßnahmen muss realisiert werden - ohne wenn und aber und tausend plumpen Ausreden. Was Verwaltung macht, ist fast ausnahmslos eine öffentliche Dienstleistung. Daher muss sie öffentlich einsehbar sein.

### **Belügen.**

Schluss mit dem Belügen von Bürgern. Ehrlichkeit ist nicht nur eine Tugend für Bürger, sondern auch für die Menschen, die öffentliche Ämter haben. Erst dadurch kann sich wieder neues Vertrauen bilden in Politik und Verwaltung.

### **Der Runde Tisch.**

Die Beigeordneten und ihre Parteien sind vom Runden Tisch in Osterfeld geschockt. Da gelingt dem absoluten Newcomer Karl Heinz Mellis etwas ganz Außerordentliches. Mellis ist ein tüchtiger Architekt, der lange und sehr erfolgreiche bei großen Projekten eines Konzerns tätig gewesen ist. Er ging in Pension und begann ein zweites Leben in seinem Geburtsort.

Weil mit der Politik sehr viele Menschen unzufrieden waren, holte er sie zusammen. 200 Personen kamen. Die grüne Beigeordnete Sabine Lauxen mit ihren Grünen erblasste vor Ärger und Neid. Erstens wagte es jemand, nachdem die Grünen vergessen hatten, wie lange sie in Opposition waren, Opposition zu machen. Nein schlimmer: in der Bürgerschaft ein Forum für die unzensurierte offene Rede zu eröffnen. Die Regierenden hatten ja immer schon Angst vor der Unberechenbarkeit des Volkes.

Zweitens kriegte dieser Mann es hin, dass – anders als in den grünen oder „spezialdemokratischen“ Versammlungen mehr als 20, 30 Menschen zusammen kamen – sage und schreibe 200. Das muss ein Magier sein.

Also überlegt diese Frau mit ihren wenigen Gefolgsleuten: Wir setzen dem eine Schau entgegen. Sie sagte, dass sie jetzt „Stadtteil-Messen“ machen wollen. Was ist denn das? Eine Art Gruga-Ausstellung? Oder eine katholische Messe?

Sie redete erstmal auf Karl Heinz Mellis ein: Lassen Sie den Runden Tisch! Machen Sie bei uns mit! - Aber Mellis geht darauf nicht ein. Er sagt: Kommen Sie zum Bürger, zum Runden Tisch, ich lade Sie ein.

Dann probieren die Altparteien (zu denen seit kurzer Zeit auch die Grünen zählen), das „Ding“ totzuschweigen. Es gelingt nicht.

### **Die Grünen.**

Im vorletzten Wahlkampf gab es die Hoffnung, dass die Grünen die Alleinherrschaft der SPD in dieser Stadt beenden. Sie sollten die SPD dahin bringen, vernünftig mit allen anderen umzugehen. Die SPD sollte einen Reform-Prozess machen.

Aber was ist in den vier Jahren geschehen? Die Grünen fressen der SPD aus der Hand. Sie sind gehorsame Mehrheits-Beschaffer für die SPD. Sie machen alles mit – ganz ähnlich wie die SPD. Sie haben kein Profil. Sie haben kein Programm. Sie winken die Zerstörungen durch.

Den Grünen wurde das Planungsdezernat versprochen. Sie haben sich nicht darauf vorbereitet. Sie haben sich keine Kompetenz erarbeitet. Dies gilt besonders für Sabine Lauxen, die Dezernentin. Sie müssten auch laut sagen: Dies und das machen wir nicht mit.

Grünen waren eine riesige Enttäuschung.

### **Die Sozialdemokraten.**

Wir wollen ihre „Sechzigjährige Herrschaft“ über die Stadt beenden. Sechzig Jahre! In einer Demokratie kann das nicht gut gehen. Es ging auch nicht gut. 60 Jahre waren geprägt von Arroganz. Vom Draußen halten von allem, was nicht sie selbst waren. Vom Übersehen der Unterschiedlichkeiten. Vom Verachten intelligenter Leute. Selbst in den eigenen Reihen wurden intelligente Leute gemobbt. Zum Beispiel Hilmar Hoffmann, den nur ein Ruf nach Frankfurt rettete. Gemobbt wurde auch Manfred Dammeyer, obwohl er Minister und dann Fraktions-Vorsitzender im Landtag war. Sein Fehler: Er gehörte zu den Intelligenzen. Gemobbt wurde Prof. Dr. Roland Günter, obwohl er viel für Oberhausen tat und darüber hinaus in der IBA Emscher Park. Vergrault wurde selbst der Oberbürgermeister Burkhardt Drescher, weil er das Gemauschel in der Partei nicht immer mitmachte. Die Kurzfilmtage

hielten sich nur knapp gegen die sozialdemokratische Beton-Fraktion. Die Denkmalpflege wurde klein gemacht. Bei Abrissen ging es illegal zu – kein Fachmann wurde angehört. Das Weiterstricken der „Parkstadt Oberhausen“ wurde versprochen, aber nicht gehalten. Die Grünen haben sie nicht begriffen.

Man könnte ein langes „Sündenregister“ der Arroganz aufmachen. Vielleicht machen wir es auch. Jetzt kommt es aber erstmal darauf an, nach vorn zu sehen und zumindest die Impulse zu geben, daß es besser wird.

### **Verschickung deutscher Soldaten in Kriege.**

Im Hinblick auf Friedens-Politik, die in der Stadt beginnt, ist ein Text von Erich Mühsam von 1912 schon wieder aktuell: „Deutschland hat die erfolgreichste sozialdemokratischste Partei – vierundeinviertel Million internationaler Revolutionäre, vertreten durch einhundertzehn zähnefletschende Mandatare. Der deutsche Soldat ist der verlässlichste, den es gibt, in seine Seele ist noch kein zweifelnder Gedanke eingezogen; wenn der Kaiser eines Tages den beliebten >Ernstfall< erlebt, dann kann er sich auf vierundeinviertel Million sozialdemokratischer Wähler, repräsentiert durch einhundertundzehn Abgeordnete verlassen.“ (Kain, 1912)

Wir haben in Oberhausen schon seit längerer Zeit keine Städtebaupolitik

Die Stadt ist nicht von einem einzelnen Menschen gemacht, sondern von vielen.

### **Klein-Bereiche.**

Die Kunst besteht darin, mit der Stadt als einzelner oder als kleine Gruppe umzugehen. Dies ist eine Kunst, die der eines Dirigenten ähnlich ist.

Bislang gibt es kein Konzept für die konkreten Klein-Bereiche, in denen die Menschen leben. BOB legt es vor.

### **Respekt!**

Gelernt werden muss: Respekt vor dem Mitmenschen und den Nachbarschaften. Lernen, hinzugucken. Zu analysieren. Nicht mehr abstrakt zu sein. Die Kleinbereiche nicht mehr verachten, sondern dort zu arbeiten anfangen. Die Überflug-Sätze hinter sich zu lassen, in denen scheinbar alles, in Wirklichkeit aber gar nichts steckt. Respekt vor Vorhandenem. Respekt vor Menschen mit ihren Lebensweisen. Wenn sie sie ändern sollen, müssen sie selbst darüber befinden können.

### **Maßstab.**

Ein grundsätzlicher Irrtum: Die Welt den Maßstäben eines scheinbar wohlgeordneten wohlhabenden Bürgertums zu unterwerfen. Und von den Leuten verlangen, dass sie sich so aufführen. Von Politik und Stadtplanung verlangen, dass sie eine Stadt dorthin prügeln. Man sieht ja, dass es real auch nicht funktioniert. Aber im Geschwätz schwirren solche illusorischen Ziele – und richten viel Schlimmes an.

### **Illusionen.**

Es hat keinen Sinn, auf Investoren und Repräsentation zu setzen. Sie sind Illusionen - nach drei Jahren ist fast alles vergessen.

### **Die „Gute Stadt“.**

Eine Stadt hat dadurch ein ehrliches Prestige, dass Menschen von ihr sagen: „Hier fühlen sich die Bewohner wohl.“

Daran muss man kontinuierlich und mit vielen Details arbeiten.

Dann entsteht Stolz auf die eigene „gute Stadt.“

Wenn sich aber eine Stadt selbst zerstört – durch Abrisse oder miserable Denkmalpflege – dann entsteht Missmut – mit vielen Folgen.

### **Wer ist das Problem?**

Es gibt keine Problem-Bereiche. Das Problem ist meist, dass das Rathaus etwas hinfrisieren will, was Bewohner überhaupt nicht interessiert, weil es nicht ihre Lebensweise ist. Das Problem ist dann nicht das Stadtviertel, sondern das Rathaus. Wer „Problem-Bereich“ sagt, schafft ein Problem: dass ein Bereich herunter geredet wird. Wir können statt dessen konkret darüber diskutieren, etwas zu verbessern.

### **Vom Unsinn der Statistiken.**

Es darf **keine Stadtplanung mit Statistiken** geben. Erstens stimmen sie nie. Zweitens haben sie fast immer unverschämte Interpretationen. Der Durchschnitt sagt überhaupt nichts aus – er ist pure Fiktion.

### **Vororte.**

Die „Zwischenstadt“ (Thomas Sieverts) d. h. die Vororte sind unbearbeitet. Darin kann man fast nichts umbauen. Man muss das eine oder andere hinzufügen. Man muss darauf achten, dass sich die individuellen und gemeinsamen Lebensqualitäten noch ein Stück weiter entwickeln.

Mehr Urbanität ! heißt ein Schrei. Vorsicht. Keiner weiß, was das ist. Wenn wir das Stichwort Öffentlichkeit einfügen, könnte Folgendes heraus kommen. Wir schauen, wo es Plätze gibt. Platzartige Situationen. Auch im Kleinen. Wir entwickeln weitere. Denn die Nachkriegs-Vorstädte sind in dieser Hinsicht wenig entwickelt. Wir fangen dies von unten aus an. Wir fragen zunächst nicht nach Zahlen, nach Teilnahme-Ziffern.

### **Plätze.**

Für Plätze braucht man meist keine umfangreichen Baumaßnahmen. Oft genügen Mäuerchen. So etwas kann auch fast jeder mauern – darüber lässt sich Beteiligung herstellen.

### **Kleinteilige Förderung.**

Die Regierung muss ihre Förderprogramme zum Teil neu aufstellen. Notwendig sind Mittel für kleine Maßnahmen. Vereinfachung der Bürokratie. Lasst doch mal diejenigen, die das Geld verteilen, auch die Anträge stellen – nach Anhörung der Interessenten, die dann nur noch unterschreiben müssen. Statt die Leute zappeln lassen, bis das Ausfüllen eines Antrags länger dauert und schwieriger ist, als die konkrete Arbeit.

### **Keine Parteilichkeit, sondern Sachlichkeit.**

Regierende müssen ihre Parteilichkeit aufgeben. Sie dürfen nicht mehr daran denken, welchen Nutzen eine Handlung für ihre Partei bringt, sondern welchen Nutzen für Menschen sie in der Sache hat. Der Staat darf kein Instrument einer jeweiligen Partei sein.

Statt Partei-Politik brauchen wir Gesellschafts-Politik. Ihre Grundlage heißt menschliche Sachlichkeit.

### **Amtsleute.**

Wer ein Amt hat, muss lernen lernen lernen. Offen sein. Mit vielen Menschen reden. Es darf nicht mehr ein sachlich dummer Mensch ein Amt haben, weil er die Macht hatte, es sich zu greifen.

### **Lernen, umzubauen.**

Erstens ist notwendig: Eine Erkenntnis dessen, was vorhanden ist. Und warum es so ist, wie es ist? Dann erst der Gedanke: dies entwickeln. Die Idee des Neuen reduziert sich, wenn man erstmal die beiden ersten Gedanken klar hat.

### **Spiritualität.**

Funktionen müssen stimmen – das ist wichtig.

Aber man darf sich nicht darauf beschränken. Der Altmeister des poetischen Films, Tonino Guerra sagte: „Ihr Deutschen seid in euren Städten Weltmeister im Hinblick auf die Funktionen. Aber eure Städte sind kalt. Sie haben wenig **Spiritualität.**“

Arbeiten wir daran.

### **Reichtum der Zeit-Schichten.**

Städte haben nie eine einzige Zeit-Schicht. Sie sind nie Gegenwart. Das hat man zwar nach den Flächen-Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zwei Jahrzehnte lang (und oft bis heute) angenommen - aber es war ein Irrtum. Blindheit. Und als Folge entstand weitere Zerstörung. „Was der Krieg nicht zerstörte, zerstört die Sanierung.“ (Josef Lehmbruck) Die Mehrschichtigkeit der Zeiten macht die Stadt interessant. So wird Stadt zu einem aufgeklappten visuellen Lesebuch.

### **Entschleunigung.**

Machen wir öffentliche Kampagnen zur Entschleunigung. Wir müssen es weder auf den Straßen noch im Haus so eilig haben, wie wir uns seit langem nervös und neurotisch machen. Zeit-Polster für viele Leute sind die abendlichen Krimis und viel Nebensächliches, was sie aus Sinnleere so schnell wie möglich ansteuern. Wir können wieder gemütlich werden.

### **Menschliche Stadt – demokratische Stadt.**

Die Illusionen, die jahrzehntelang mit viel Aufwand und Geld bedient wurden, haben unsere Städte nicht besser, sondern schlechter gemacht. Sie haben sich selbst als Schwindel erwiesen.

Die Botschaft muss lauten: Wir machen die Städte menschlich. Mit einer Fülle von kleinen Maßnahmen, die meist kein Geld oder nur sehr wenig kosten. Wir realisieren Demokratie, indem wir Bürger ernst nehmen und mit ihnen arbeiten.

### **Verzicht auf Großprojekte.**

Projekte auf den Prüfstand stellen. Vergleiche die Umsteuerung von Zöpel und Ganser von 1980, die den zerstörenden Stadt-Sanierungen ein Ende machten. Was irgendwann vor Jahren falsch angelegt wurde, hat keine Legitimation, um jeden Preis durchgeführt zu werden.

Wie 1980 schafft auch heute der Verzicht auf Großprojekte viel finanziellen Spielraum für kleine Maßnahmen und Projekte.

„**Architektur** muss über die bloße Zweckmäßigkeit hinaus **etwas ausdrücken**. Architektur muss körperlich erlebbar sein: **sympathisch**. Der Megamaßstab der Großstädte ist durch sensible Kultivierung des **Nahraumes** erträglich zu machen. Emotionale Architekturlandschaften müssen **verschiedene Akzente** bekommen: Pathos und Intimität, Erhabenes wie Idyllisches, Beruhigendes wie Erregendes usw.

Das **Wohnen** ist vorrangig unter allen funktionalen Zonen.

Die Architektur schließt in das Erlebnis der Gegenwart **Rückwärts- und Vorwärts-Dimensionen** ein, Vergangenheit und Zukunft, Erinnerung und Utopie.

**Kunst und Spiel** gehören zu den wichtigsten Strategien des Lebens, genau so wichtig wie Arbeit und Leistung. Ihre Würde ist im öffentlichen Raum wieder herzustellen.“

**Geld vor Ort** halten. Wir müssen Geld in einen Kreislauf schicken, wo es so weitgehend wie möglich am Ort und in der Region bleibt.

In nahezu allen Statements und Diskussionen vermisste ich das Thema: Wie leben wir denn in unseren **konkreten Umfeldern**?

**Ästhetische Verbesserungen**. Bei jeder Maßnahme soll überlegt werden, ob damit neben der Funktionalität eine ästhetische (oft notwendige) Verbesserung möglich ist. Dies hat sich die Stadt noch nie überlegt – aber es wird Zeit, damit anzufangen. Wir ertragen die Banalität von vielem nicht mehr.

**Wir sind Oberhausen!**

**Wir machen unsere Stadt schöner und interessanter.**

Altenwohnungen auf einem Teil des Platzes bauen.

**Leerstehende Lokale** (nur) an wichtigen stadtbildprägenden Punkten. Die damit verbundenen Rechte einsehen. Enteignungsverfahren empfehlen. Denn solche Verschwendung des öffentlichen Raumes. Exempel statuieren.

Bilder von Kuro.

Elektronischer Anzeiger á la Frankreich. Veranstaltungen. Hinweise.

Tafeln.

Heft mit Qualitäten.

Qualitäten.

Dreiecksplatz.

Menschliche Dimension.

Figuren.

Vondern.

Fest.



Wohnzimmer-Kunst.

Karin führt durch die Siedlung. Theatralische Reise durch die Siedlung. Sie zeigt: Jeder hat eine Leiche im Keller.

An vielen Orten kleine Sachen und Ereignisse.

Offener Garten.

Straßen absperren.

Die Siedlung breit darstellen.

Was Eisenheim war.

Tiere.

Geschichte des Widerstands.

Auf einer großen Karte zeichnen, was es gibt.

Sachlich, nicht ideologisch.

Tafel mit geschützten Objekten.

Zeichen setzen.

Bedeutungen sichtbar machen.

Keine Zufahrt über die Gildenstraße.

Fassade Osterfeld. Schauseite. Jetzt sehr banal.

Die Talente entdecken.

Ein Who is who schreiben.

Wer macht was?

Wenn die Holzpreise hoch sind.

Kahlschlag im Volksgarten.

Gutachter. Ich kriege Aufträge.

Stadtförster Halm ist bei der OGM angestellt. Vermarktung. Danach wird kahlgeschlagen.

Vier Augen-Prinzip.

Das ist mein Wald, damit mache ich, was ich will.

An den Straßen mehr gefällt.

ADAC.

Mit Einzelfällen wird universal . . .

Rechtsämter geben schlechten Rad.

Marktstraße.

Inhabergeführte Läden können sich nur halten, wenn sie eine Marktnische haben.

Kulturraum. Erlebnisraum.

Das muss wachsen. Ist noch nicht gleich.

Musik-Gruppen. Kostenlos spielen. Die Stadt ist voll.

Zwei Bühnen. Gitarre rausnehmen.

Straßen-Musik.

Straßenfestivals. Kostenlos und unverbindlich. Mit dem Hut.

Denkanstöße.

Kommunalpolitik lügt, wenn sie den Menschen Arbeitsplätze und bessere Löhne verspricht. Dies kann sie nicht. Aber sie kann den Armen und den Reichen, d. h. allen

versprechen, daß sie sich müht, die Stadt als Lebensmilieu mit konkreten Lebensqualitäten ständig zu verbessern. Vor allem in vielen kleinen Vierteln.

## **6. Familien soll das Leben in Oberhausen leicht gemacht werden.**

### **A) Wir wollen für Familien ein Lebensumfeld schaffen, in der alle die Betreuungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Sporteinrichtungen vorfinden, die sie zu ihrem Wohlbefinden brauchen.**

Es braucht soziale Einrichtungen, die je nach Alter entsprechend fußläufig erreichbar sind. Einrichtungen der Begegnung für Babies bis hin zum Jugendlichen, Behinderte und Ältere, Migranten und Migrantinnen – für uns alle. Wir brauchen nicht ein Zentrum, wir brauchen viele Zentren, die den Anwohnenden entsprechend ihren Bedürfnissen mit offenen Türen zur Verfügung stehen.

Seit Jahren wird im sozialen Bereich gespart. Nicht nur bei Stadt, Land und Bund, auch bei den Kirchen und freien Trägern werden soziale Leistungen abgebaut. Es trifft uns alle. Nur, dass nicht alle dieselben Möglichkeiten haben, das Defizit eines kränkelnden Sozialstaates durch Eigenleistungen aufzufangen. Die Wirtschaft fordert Flexibilität. Die Familien sind auseinandergerissen. Großeltern, die Enkel betreuen könnten oder selbst der Pflege bedürftigen wohnen weit weg. Und betreuungs-willige Eltern können die Kinder nicht betreuen, weil beide arbeiten müssen, um den Lebensunterhalt der Familien zu gewährleisten. Es braucht soziale Einrichtungen, die je nach Alter entsprechend fußläufig erreichbar sind. Einrichtungen der Begegnung für Babies bis hin zum Jugendlichen, Behinderte und Ältere, Migranten und Migrantinnen – für uns alle. Wir brauchen nicht ein Zentrum, wir brauchen viele Zentren, die den Anwohnenden entsprechend ihren Bedürfnissen mit offenen Türen zur Verfügung stehen. Quartierszentren sind im Wohnumfeld so auszugestalten, dass alle - vom Baby bis zum Greis, unabhängig von Bildung, Religion, Geschlecht und Herkunft- sich wohlfühlen und sich ungestört, barrierefrei und sicher treffen können. Das Prinzip der offenen Tür gilt natürlich an den Abenden und an den Wochenenden ebenfalls.

Unsere Übergangsforderung bis zur Realisierung einer ausreichenden Anzahl von Quartierszentren:

- \* Eine Internetseite auf der alle bereits bestehenden Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Ältere, Behinderte, Migrantinnen und Migranten mit den entsprechenden Öffnungszeiten und Angeboten zu finden sind.
- \* Eine Aufstellung bisher ungenutzter Ressourcen und Räumlichkeiten, die die unterschiedlichen Oberhausener Religionsgemeinschaften, die Stadt und freie Träger möglicherweise bereits jetzt zur Begegnung, sei es für Kinder, Jugendliche, Senioren – für uns alle – zur Verfügung stellen können.
- \* Unter Umständen auch die Erweiterung der Öffnungszeiten von Familienzentren und Ganztageseinrichtungen der Schulen bis 21:00 Uhr und an den Wochenenden

## **B) Bildung ist kein Luxusgut und muss allen Oberhausenern barrierefrei zur Verfügung stehen.**

Wir wollen, dass jeder die Bildungseinrichtungen in seiner Nähe findet, die er und sie für die Ausbildung braucht.

Es muss sichergestellt sein, dass alle Bildungsinhalte in den Schulen erledigt werden können. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe müssen allen antragsfrei und kostenlos zur Verfügung stehen. Schulsozialarbeit wird von allen, die daran teilhaben als unabdingbare Notwendigkeit gesehen. Inklusion ist Menschenrecht und muss in allen Schulformen umgesetzt werden können, unter Berücksichtigung des besonderen Förderbedarfs.

Viele Schulen sind bereits als Ganztagschulen ausgebaut. Das sichert zur Zeit eine Betreuung bis ca 16 Uhr und das erhöht die Bildungschancen für Kinder, deren Eltern nicht unterstützen können, sei es, dass sie mit den Inhalten überfordert sind oder keine Zeit haben. Es muss sichergestellt sein, dass alle Bildungsinhalte in den Schulen erledigt werden können. Alle Kinder sollten mit Abschluss der Grundschule über ein ähnliches Sprachniveau verfügen. Dazu muss bereits im Kindergarten verstärkt mit Sprache gearbeitet werden. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe müssen allen antragsfrei und kostenlos zur Verfügung stehen. Schulsozialarbeit wird von allen, die daran teilhaben als unabdingbare Notwendigkeit gesehen. Diese abzuschaffen, trifft alle am Lernprozess Beteiligte. Es kann nicht sein, dass sie dem Gerangel darum geopfert wird, wer die Kosten hierfür zu zahlen hat. Es ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. wenn wir Bildung und Erziehung innerhalb einer Gesellschaft ernst nehmen und kein Kind zurücklassen wollen. Inklusion ist Menschenrecht und muss in allen Schulformen umgesetzt werden können, unter Berücksichtigung des besonderen Förderbedarfs. Inklusion findet heute schon statt an den Grundschulen, wo erst mal alle Kinder eines Wohnumfeldes zusammenkommen und es ist die hohe Kunst der Grundschulpädagogik so innerhalb der Klasse zu differenzieren, dass die Starken gestärkt und die Schwachen nicht zurückgelassen werden. Zieldifferentes unterrichten ist an den Gesamtschulen die Regel. Dazu gehört aber auch entsprechendes Personal. Der jämmerliche Kostenstreit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden um die Finanzierung von Inklusion darf nicht zu Lasten der bereits existierenden inklusiven Lerngruppen gehen. Doppelbesetzung mit mindestens einer für den besonderen Förderbedarf ausgebildeten Fachkraft sollte so selbstverständlich sein, wie die verminderte Größe der Lerngruppe.

## **C) Oberhausen braucht Bewegung.**

Wir wollen Sport, Spiel und Bewegungs-Möglichkeiten, die von allen nach ihren individuellen Bedürfnissen barrierefrei und kostenlos genutzt werden können.

Regelmäßiger Sport und Bewegung sind Voraussetzung für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung. Gemeinsamer Sport im Verein ist gut für das soziale Miteinander, stärkt den Teamgeist und hält Kinder und Jugendliche zu Gemeinsinn, Befolgung von Regeln und Fairness an. Hier wird Integration gelebt.

Sport im Verein darf nicht von sozialer oder kultureller Herkunft oder vom Budget abhängen. Die sportliche Betätigung von Menschen mit Behinderung muss unterstützt werden. Alle Kinder und Jugendliche müssen in ihrem direkten Wohnumfeld Möglichkeiten haben, Sport zu treiben. Die erschreckende Unterversorgung mit Schwimmbädern / Lehrschwimmbädern muss durch entsprechenden Schwerpunkt im Sportunterricht und Ganztagsangeboten der Schulen aufgefangen werden, damit wir nicht eine Stadt der Nichtschwimmer werden. Die Öffnungszeiten der wenigen noch vorhandenen Bäder müssen den Bedürfnissen der Oberhausener Bevölkerung angepasst sein.

#### **D) Gesunde Kommune durch Erneuerung der lokalen Gesundheitspolitik**

Wir wollen verstärkt die Vorsorge fördern. Deshalb unterstützen wir Aktionen und Projekte, die mehr Bewegung, gesündere Ernährung, Nichtraucher, Suchtprävention fördern.

Junge Menschen von einer gesunden Lebensweise zu überzeugen ist die beste Zukunftsinvestition. Wir wollen die Kompetenz der Betroffenen und deren Organisationen stärken. Die freien Selbsthilfegruppen müssen gefördert werden. Alternative Heilmethoden, psychische Begleitung, Kindermedizin und Palliativmedizin muss ausgebaut werden. Es geht darum, eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, in der die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen.

Ganz wichtig ist die Einrichtung von Beratungsstellen und eines Beschwerde-Managements, mit dessen Hilfe wir das Gesundheitswesen ständig veränderten Bedürfnissen anpassen können.

Über Befragungen der Bürgerinnen und Bürger erkennen wir Versorgungsdefizite und können Bedarfe im Gesundheitswesen erkennen.

#### **E) Die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Gremien müssen mehr beteiligt werden.**

Es muss ein Austausch stattfinden zwischen den Kitas, Schulen und sonstigen Institutionen, die mit Familie zu tun haben. Familien müssen beraten und begleitet werden. Wir brauchen mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Familienberatungsstellen, Pflegeberatungs-Stützpunkte flächendeckend. Wir brauchen bürgernahe Dienste, die Patientenorientierte Lösungen entwickeln

#### **F) Migration und Integration – Fördern, Fordern und Verstehen**

Wir wollen den partnerschaftlichen Dialog zwischen allen in Oberhausen lebenden Menschen fördern und ein Netzwerk für alle unterstützen.

Die religiöse Vielfalt in unserer Stadt möchten wir fördern und jedem gläubigen Menschen die Möglichkeit zur Ausübung seiner Religion geben. Hierbei setzen wir voraus, dass wichtige Werte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit gewahrt werden. Extremismus und Feindseligkeit gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen lehnen wir ab. Insgesamt

setzen wir uns für eine liberale und weltoffene Form der verschiedenen Religionen ein und fördern diese.

Im Rahmen unserer Forderung nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung möchten wir die Entscheidung über den Bau religiöser Einrichtungen gemeinsam mit den Oberhausener Bürgern treffen.

Das Ruhrgebiet war und ist immer wieder Ziel von Einwanderern. Als industrieller Ballungsraum verdankt es seine Entwicklung auch den Arbeitsmigranten, die im 19. Jahrhundert aus Polen und in den 50er bis 70er Jahren als Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien und vor allem auch aus der Türkei zu uns gekommen sind.

Wie im gesamten Ruhrgebiet, so leben auch in Oberhausen viele Menschen mit Migrationshintergrund bereits seit mehreren Generationen und haben in unserer Stadt ihren privaten und beruflichen Lebensmittelpunkt. Andere – vor allem Schwarz-AfrikanerInnen - sind erst seit kurzem bei uns oder werden in Zukunft bei uns leben. All diese Menschen möchten wir in Oberhausen willkommen heißen und Ihnen die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe bieten. Dabei ist uns bewusst, dass Migration auch immer ein Stückweit die Aufgabe der kulturellen Strukturen des Heimatlandes bedeutet und die Bereitschaft sich Neuem zu öffnen. Um diese Bereitschaft zu fördern, wollen wir den partnerschaftlichen Dialog mit den Migranten suchen. Eine besondere Rolle kommt den bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshistorie zu, welche sich als Arbeitnehmer, Unternehmer oder auch als ehrenamtlich tätige Personen in die Gesellschaft einbringen. Sie alle wissen um die Chancen, die sich in unserer Stadt bieten und kennen die Herausforderungen auf dem Weg zu einer gelungenen Integration. Ihr Wissen, ihre Möglichkeiten und ihre Vorbildfunktion möchten wir im Rahmen eines Netzwerkes nutzen um insbesondere den jungen Menschen die Tür in eine gute Zukunft in der Oberhausener Gesellschaft zu öffnen.

Für die Errichtung von Quartierszentren möchten wir die religiösen Gruppen in unserer Stadt ermuntern sich zu beteiligen und ihre Räumlichkeiten ebenfalls für Kinder, Jugendliche, Ältere und behinderte Menschen zur Verfügung zu stellen. Ein gemeinsames Miteinander fördert auch das Verständnis und die Wertschätzung der jeweils anderen Kultur und Religion.

## **7. Bürger nicht weiter abkassieren – Faire Gebühren für faire Leistungen**

Preiserhöhungen bei Bustickets, Straßenreinigung und Strom trafen die Bürgerinnen und Bürger zu Anfang des Jahres. Die Grundsteuer wird 2015 auf einen Hebesatz von 640 Punkten und 2017 auf 670 Punkte steigen. Bei der Gewerbesteuer sind sowohl im Jahr 2015 als auch 2018 Erhöhungen auf 550 bzw. 580 Punkte vorgesehen. Das bedeutet für eine "Handwerker GmbH" bei einem angenommenen Gewerbeertrag von 100.000 € eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 19.250 € (im Jahr 2015) auf 20.300 € (im Jahr 2018). Das wird viele kleine Firmen und Handwerker an die Existenzgrenze bringen und weitere Arbeitsplätze kosten.

Die rot-grüne Stadtregierung versucht die Finanznot und die Einnahmeausfälle immer mit Erhöhung der Gewerbesteuer oder durch Gebührenerhöhungen auszugleichen. Das führt aber stets zu weiteren Einnahmeausfällen, da Gewerbebetriebe Oberhausen verlassen und sich in wirtschaftlich günstigeren Städten ansiedeln. Nur durch Gewerbesteuerensenkungen kann man Gewerbebetriebe nach Oberhausen locken und erzielt durch die Neuansiedlungen mittelfristig auch insgesamt höhere Gewerbesteuer.

Nach dem Ausbau oder der Verschönerung von kommunalen Straßen werden die Anwohner mit Anliegerbeiträgen zur Kasse gebeten. Dabei hagelt es meist Frust und Ablehnung der betroffenen Grundstückseigentümer, da die Art, der Umfang und die Kosten der durchgeführten Maßnahme in Frage gestellt werden oder die Abrechnung der Anliegerbeiträge erst viele Jahre nach der Fertigstellung in Rechnung gestellt werden ( z.B.: Martin-Luther-Str. / Holtstegstr. usw.). Transparenz und Sensibilität für die Belange der Eigentümer sind der richtige Weg, da es hier um richtig viel Geld aus privater Tasche geht. Die Bürgerinnen und Bürger müssen an der Entscheidung der Maßnahme beteiligt, über die anfallenden Kosten transparent informiert werden und die Abrechnung der Anliegerbeiträge muss zeitnah erfolgen.

In vielen Bereichen, z. B. bei der Müllentsorgung, zahlen die Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Gebühren als in vergleichbaren Nachbarstädten. Mit dem Pleite-Popanz und der drohenden Insolvenz der Gemeinschafts- Müllverbrennungsanlage (GMVA) wurden die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger unter Druck gesetzt und die Umstrukturierung der GMVA durchgesetzt. Tatsächlich hat die GMVA in den letzten fünf Jahren 80 Millionen Euro Gewinn an die Gesellschafter (darunter auch die Stadt Oberhausen) ausgeschüttet und verfügt über liquide Mittel in Höhe von 35 Millionen Euro. Die Oberhausener Bürger zahlen also weiterhin überhöhte Müllgebühren, damit die Gewinne der Gesellschafter kräftig sprudeln und der Haushalt der Stadt Oberhausen subventioniert wird. Die Bürgerinnen und Bürger können nicht weiter zu Gunsten einer verdeckten Haushaltssanierung abkassiert werden, - die Müllgebühren müssen auf Kostenniveau reduziert werden -. Dafür wird sich das „Bündnis Oberhausener Bürger“ einsetzen.

## **8. Mehr Sicherheit für Oberhausener Bürgerinnen und Bürger**

Einleitung: Optimierung der öffentlichen Ordnung. Grundsätzlich muss geprüft werden, wie altgediente Prozesse zur Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Ordnung optimiert werden können.

Es gibt Probleme im Oberhausener Ordnungssystem. Das Verwaltungs- und Dienstleistungsgefüge bedarf einer Prüfung und einer Anpassung.

Dies gilt es in Kommissionen, besetzt mit Fachkundigen und Beauftragten aller Fraktionen, zum Wohle der Stadt zu prüfen. Auszuschließen ist hier parteipolitisches Machtgehabe.

In allen Wirtschaftszweigen wird durch Unternehmensberater über Prozessoptimierung gesprochen, "Best Practice" könnte auch in einer Stadtverwaltung, im Getriebe einer Stadt, Anwendung finden.

## **A) Öffentliche Ordnung, Bereich Ordnungs- und Servicedienst**

Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten ist für uns eine zentrale Aufgabe. Die Überprüfung der Funktionalität der einzelnen Bereiche ist ein wichtiger Ansatzpunkt.

Wir wollen eine Sicherheitssituation in Oberhausen, die darauf ausgerichtet ist, allen Bürgern dieser Stadt jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Die Ordnungsbehörde und die Polizei müssen intensiv zusammen arbeiten und konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vorgehen. Wir wollen eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab. Für uns geht es immer darum, die ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention, effektiver Strafverfolgung und der Gewährleistung von Freiheitsrechten zu ermöglichen. Störungen der öffentlichen Ordnung, Vandalismus sowie Verschmutzung und wilde Entsorgung von Wertstoffen sind nicht hinzunehmen.

**Schwerpunkt Kriminalität in Oberhausen:** Unser Anliegen ist die Verbesserung der tatsächlichen Sicherheitslage und des gefühlten Sicherheitsempfindens. Das gefühlte Sicherheitsempfinden der Bürger entspricht oft nicht der weniger bedrohlichen tatsächlichen Sicherheitslage. In der Stadtplanung und der Gestaltung öffentlicher Bereiche muss daher Sicherheit gewährleistet werden.

Die Einwohner Oberhausens sind ernsthaft um die Sicherheit in ihrer Stadt besorgt. Bei der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen sowie einer niedrigen Aufklärungsquote ist diese Sorge mehr als verständlich. Erschwerend kommt die immer stärker werdende Aktivität krimineller Banden und Organisationen auf Oberhausener Stadtgebiet hinzu. Um dem wachsenden Problem zu begegnen, ist die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei zu überprüfen und weiter zu optimieren. Erforderliche Schnittstellen, falls noch nicht vorhanden, zwischen den zuständigen Behörden etc. in Form von Ordnungspartnerschaften sind einzurichten, um kriminelle Machenschaften effektiver verfolgen und ahnden zu können.

Der Kontrolldruck muss kontinuierlich hoch bleiben, Regelmäßige Razzien der Polizei in Zusammenarbeit mit dem Hauptzollamt an den diversen Treffpunkten auf dem Stadtgebiet sind erforderlich. Auch hier muss dem Ordnungsamt und der Polizei jegliche Unterstützung zugesagt werden, um diese Problematik rasch in den Griff zu bekommen. Die Angst bei den Bürgern wird immer deutlicher spürbar. Die Ordnungsbehörde und die Polizei müssen konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vorgehen. Dabei sind Prävention und vorbeugende Verbrechensbekämpfung von herausragender Bedeutung. Um vorbeugend, aber auch strafverfolgend erfolgreich zu sein, muss für eine angemessene und moderne

Polizeiausstattung gesorgt werden. Ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei ist unvermeidbar.

Wir dulden keine rechtsfreien Räume in Oberhausen. Die Kriminalität nimmt in Oberhausen bedrohliche Ausmaße an. Schnelles, effektives und erfolgreiches Eingreifen der zuständigen Institutionen muss dort erfolgen, wo die Prävention an Grenzen stößt. Das Sicherheitsprogramm der Polizei bedarf daher der vollsten Unterstützung der Kommunalpolitik.

Bordelle bieten wichtigen Nährboden für die wachsende Kriminalität auch in Oberhausen. Wir wollen daher die Kontrollmechanismen in den Bordellen verschärfen und eine höhere Transparenz zum Zwecke der Entkriminalisierung des Milieus erreichen.

Das Aufenthaltsrecht gewährt für die ersten drei Monate einen erlaubnisfreien Aufenthalt, so dass in diesem Drei-Monats-Zeitraum eine Arbeitserlaubnis nicht überprüft werden kann. Bei den Prostituierten muss regelmäßig die Aufenthaltsgenehmigung, die Arbeitserlaubnis, die Gewerbebeantragung, die Steueranmeldung und eine Erlaubnis zum Betreiben eines Bordells überprüft werden.

Ebenso fordern wir die Wiedereinführung der regelmäßigen Gesundheitsprüfungen (Bockschein) der Prostituierten, denn durch diese Gesundheitszeugnisse wird das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung vermindert. Wir fordern daher behördliche Regulierungsmöglichkeiten in den Bordellen.

Prostitutionsstätten (Bordelle) können ohne Erlaubnis betrieben werden und selbständige Prostituierte können ihr Gewerbe nicht anzeigen, obwohl die vielfältige Begleitkriminalität der Prostitution bekannt ist. Eine Erlaubnispflicht ähnlich der des Gaststättengewerbes ist von Vorteil.

Ohne besondere Schwierigkeiten ist es möglich, den Aufenthalt ausländischer Frauen aus EU Ländern - besonders den osteuropäischen Ländern - zu verschleiern. Das Aufenthaltsrecht gewährt in den ersten drei Monaten erlaubnisfreien Aufenthalt. Bei Kontrollen wird regelmäßig angegeben, man sei vor wenigen Tagen eingereist, so dass dieser Drei-Monats-Zeitraum von Kontrolle zu Kontrolle neu zu laufen beginnt. Melderechtliche Regelungen

(Anmeldepflicht innerhalb einer Woche nach Bezug der Wohnung) werden ignoriert.

Die Ausstiegsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Für viele Frauen ist es zu schwer allein einen Ausweg zu finden. Hier ist Hilfe dringend notwendig. Vorhandene Ressourcen von den verschiedensten Frauenhilfsorganisationen könnten unterstützend eingesetzt werden.

**Schwerpunkt Soziale Brennpunkte/Szenetreffe in Oberhausen:** Öffentliche Plätze und Parks entwickeln sich zunehmend zum sozialen Brennpunkt.

Hier müssen Sozialarbeiter verschiedenster Organisationen und der Stadt konzentriert tätig werden, um auch Obdachlosen, Alkoholikern und anderer ausgegrenzter Gruppen zu begegnen und zu betreuen. Im Interesse aller Bürger sind beim Sanierungskonzept des Parknetzwerkes Oberhausen Angsträume auf den öffentlichen Plätzen und Parks zu vermeiden.



Ebenfalls sind auf allen öffentlichen Plätzen und Parks zwingend Toiletten vorzusehen, ähnlich wie auf der oberen Marktstraße oder beispielsweise im Revierpark Vonderort.

Die hier im Focus stehenden Parkanlagen und Plätze werden häufig von Einwohnern bewusst gemieden.

*Beispiel: Bahnhofsvorplatz, Berliner Park, Königshütter Park, Ebertplatz, Altmarkt.*

Aber Einwohner quasi kurzerhand als "Persona non Grata" abzustempeln ist sicherlich der falsche Weg.

Auch hier muss ein Gremium aus Betroffenen und Fachleuten gebildet werden, um gezielt das Problem zu lösen und nicht zu verlagern. Schnittstellen der Ämter (Sozialamt, Jugendamt, Ordnungsamt etc) sind zu schaffen oder Bestehende auf Effektivität zu überprüfen ist ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt

Bei der geplanten Sanierung der Oberhausener Parkanlagen muss vor allem darauf geachtet werden, ob teuer entworfene Konzepte umgesetzt, nachhaltig gepflegt und instand gesetzt werden können.

## **B) Öffentliche Ordnung, Bereich Verkehrssicherheit**

Die Verkehrsüberwachung, vor allem des ruhenden Verkehrs, muss verbessert werden. Gerade in den zeitlich eingeschränkten Parkzonen muss die Einhaltung konsequenter überprüft werden, da es in diesen Bereichen bei Nichtbeachtung zur starken Verkehrsbehinderung kommt.

### Abschleppen von Kraftfahrzeugen

Beispiel: Mülheimer Straße zwischen Grenzstraße und Landwehr  
permanente Parksünder gerade in den zeitlich eingeschränkten  
Parkzonen (absolutes Halteverbot zwischen 6 und 18 Uhr)

### Ausnahmegenehmigungen zum Parken und Fahren

Parkausweise in Wohngebieten  
Handwerkerparkausweise  
Schwerbehindertenparken Ausweise und Parkplätze

Parkplatzsituation in Wohngebieten mit stark frequentiertem  
Publikumsverkehr wg Einzelhandelsansiedlung, Krankenhäuser etc.  
Hier muss der jeweilige Arbeitgeber für ausreichend Parkplätze für  
Mitarbeiter und Besucher Sorge tragen.

Beispiel      Straßburger Straße - Rück;  
                  Elsa-Brändström-Straße - Josefs Hospital;  
                  Josefstraße - Elisabethkrankenhaus; uvm.

Der fließende Verkehr bedarf ebenfalls der Optimierung. Geschwindigkeitskontrollen sollen zweckmäßig in Wohngebieten erfolgen und nicht überwiegend auf stark befahrenen Verbindungsstraßen, wobei der Eindruck des Abkassierens entsteht. Wir setzen uns ein für

die Einrichtung weiterer Anliegerstraßen und für die Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten.

## **9. ÖPNV zu 10-10-60 ausbauen - Individualverkehr intelligent gestalten**

Eine moderne und attraktive Großstadt des 21. Jahrhunderts braucht eine moderne und gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur.

### **A) ÖPNV bürgernah und zukunftsweisend gestalten**

Oberhausener Bürgerinnen und Bürger brauchen einen dichten, stabilen und verlässlichen Liniennetz. Wir fordern, dass das ÖPNV-Netz zu 10-10-60 in der Zeit von 07:00 Uhr 23:00 Uhr ausgebaut wird. Das heißt konkret: Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte von seiner Haustür in 10 Minuten eine Haltestelle erreichen, in weiteren 10 Minuten Wartezeit sollte ein Verkehrsmittel kommen, welches sie oder ihn in weiteren 60 Minuten an jede Stelle des Stadtgebietes bringen kann.

Sicherheit und Service:

Fahrgäste fühlen sich in den Fahrzeugen der STOAG insbesondere in den Abend - und Nachtstunden häufig unsicher. Wir fordern eine Erhöhung der Sicherheit in Oberhausener Bussen und Bahnen sowie den Einsatz von Begleitpersonal.

Keine Bürgerin bzw. kein Bürger kennt sich in dem Dschungel der VRR - Fahrpreistarife aus. Wie weit kann ich mit meinem Zusatzticket fahren? Wo fängt die nächste Wabe an? Wir wollen unter diesem unübersichtlichen Ticketwirrwarr endlich einen Schlusstrich ziehen, indem wir uns für eine Vereinfachung der Fahrpreistarife im Verkehrsverbund Rhein - Ruhr einsetzen.

Das Sozialticket muss flexibler und wirklich sozial werden.-

### **B) Verkehr intelligent planen und lenken**

Eine hochwertige und funktionierende Verkehrsinfrastruktur beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberhausen maßgeblich. Wir bauen dabei auf einen ökologischen Verkehrsmix um die Belastung für die Menschen zu reduzieren. Mit einer intelligenten Verkehrslenkung sollen besondere Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher gestaltet werden. Die intelligente Verkehrslenkung macht dabei den Weg für die „Grüne Welle“ frei. An zahlreichen Straßenkreuzungen Oberhausens sind Kreisverkehre einzurichten, da sie den Verkehr schneller ableiten und weit aus kostengünstiger als Ampelanlagen sind.

### **C) ÖPNV**

Struktur der STOAG:

1.) ist ein Aufsichtsrat mit 15 Mitgliedern wirklich notwendig? Wie möchten den STOAG – Aufsichtsrat verkleinern. Wir möchten, dass auch die Gewerkschaften sowie Vertreter von bewegungseingeschränkten Mitbürgern mehr Mitspracherecht erhalten.

2.) Das Management der STOAG soll nach Qualifizierung und nicht nach Parteibuch besetzt werden. Ein Bürgernahes und gutes Verkehrsunternehmen soll von gut ausgebildeten Fachleuten geleitet werden.

Oberhausen gehörte früher mit seinem attraktiven Straßenbahn und Busnetz zu den Vorbildstädten im Ruhrgebiet. Es gab ein dichtes Liniennetz mit guter Taktung, die Fahrgastzahlen erreichten Rekordwerte. Seit einigen Jahren wird bei der STOAG kräftig gespart, was zur Folge hat, dass das Liniennetz sowie die Taktung stark ausgedünnt wurde. Sinkende Fahrgastzahlen, verspätete und überfüllte Fahrzeuge und gestresste Fahrerinnen und Fahrer sind die Folge der Sparpolitik in unserer Stadt. Dieser Zustand kann den Bürgerinnen und Bürgern nicht weiter zugemutet werden! Wir wollen die Talfahrt des ÖPNV in Oberhausen stoppen, indem wir den ÖPNV bürgernah und zukunftsweisend gestalten!

Die Anschlussmöglichkeiten in die Nachbarstädte sind nicht ausreichend. Häufig müssen Bürgerinnen und Bürger an den grenznahen Haltestellen aussteigen und auf die nächste Bahn oder den nächsten Bus warten. Wir wollen uns dafür einsetzen, die grenzüberschreitenden Verbindungen zu verbessern und weiter auszubauen.

#### **D) Verkehr intelligenter planen und lenken.**

Wir wollen, dass Oberhausens Straßen besser gepflegt werden. Geringe Straßenschäden sollen frühzeitig erkannt werden, damit spätere deutlich teurere Reparaturmaßnahmen vermieden werden können. Die Politik soll insbesondere bei Instandhaltungsmaßnahmen darauf achten, dass diese von den beauftragten Firmen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Bei später auftretenden Mängeln sollen diese Firmen in Pflicht genommen werden, indem sie im Rahmen einer Garantieleistung eine Reparatur vornehmen müssen.

#### **E) Autoverkehr: weitere Vorschläge zur Diskussion:**

- grüne Wellen an den Ampeln
- Schilderwälder
- Parkplätze P + R an ÖPNV – Knotenpunkten ausbauen

### **10. Geistiges und kulturelles Leben stärken.**

#### **A) Kein Geld für Kultur?**

Kultur ist Kreativität, Kreativität ist Kultur.

Kulturpolitik ist Investition in Zukunft.

Kulturpolitik ist keine reine Fördermittelpolitik.

Die Kulturpolitik Oberhausens muss deshalb zuerst eine Ideenkultur sein. Kreative Köpfe sind gefragt, die kulturellen Fragen müssen öffentlich gemacht werden. Fehlen die Mittel,

muss dies durch öffentliches Engagement ausgeglichen werden. Nicht nur kulturelle Institutionen aller Bereiche sind gefragt, auch die Bürgerschaft muss sich einbringen können. Das Kulturbüro muss eine zentrale Anlaufstelle für die Kulturideen aller werden. Ehrenamtlich tätige Personen können dieses Betätigungsfeld betreuen. Eine entsprechende mobile Möglichkeit kann sogar Stadtteile erreichen. Temporär besetzte Möglichkeiten in Stadtteilbürgerzentren sind alternativ denkbar. Unsere Oberhausener Künstlerinnen und Künstler sollen bei dieser „Kulturstelle“ ebenso Hilfe für ihre Probleme und Unterstützung erfahren.

Die Kultur darf nicht weiter eine freiwillige Leistung der Stadt bleiben. Sie muss eine zuverlässige Verankerung haben und eine feste Größe in unserem Haushalt werden. Die obligatorische kulturelle Planung ist als kommunale Pflicht zu sehen. Es ist ein Muss wie andere Haushaltsgrößen. Kürzungen im Kulturbereich sind nicht hinzunehmen, eine Erweiterung des Kulturfinanzbereichs ist anzustreben.

## **B) Kulturpolitik ist KulturBILDUNGspolitik.**

Kulturpolitik ist STADTKulturpolitik.

Die Kultur unserer Umgebung ist die Basis unserer Kultur überhaupt.

Die Kultur unserer Stadt wollen wir mit Kulturbildungspolitik erweitern. Schulen und Klassen sollen ihre Stadt schon früh kulturell erleben. In unseren Archiven und Museen, in den Oberhausener Stadtteilen und Arealen ist unsere Kultur erleb- und erlernbar. Stadtgeschichte, Architektur und Kunst in Oberhausen bilden die kulturelle Grundlage unserer Bildung. Ohne großen finanziellen Aufwand können wir unsere Stadt kulturell erleben, für unsere Schulklassen die vergangene und präsenste Kultur lebendig werden lassen. Alle Kulturvereine der Kunst, Archäologie, Geschichte und ähnlichem müssen weiter in die städtische Kulturarbeit eingebunden werden. Auch hier kann das Ehrenamt mithelfen, die öffentlichen Kassen zu entlasten. Stadtbau- und Stadtarchiv müssen gute kulturelle Dienste leisten um kulturelles Bewusstsein zu fördern, dort darf nichts verstauben. Die Oberhausener Jugend soll dafür praxisbezogen an diese Relikte unserer Stadtkultur herangeführt werden. Durch stadtbezogene kulturelle Bildung bekommt auch Denkmalschutz in Oberhausen endlich einen besseren Stellenwert. Die Beschäftigten der Archive und Museen müssen in die Konzepte eingebunden werden. Wenn die Oberhausenerinnen und Oberhausener ihre eigene Kultur schon früh erfahren, wird ihre Kreativität und Lust auf eigenes Schaffen gefördert.

Die Bibliotheken unserer Stadt dürfen keine weiteren Mittelkürzungen erfahren. Es muss erhalten werden, was noch existiert und Neues muss entstehen. In öffentlichen Einrichtungen und (u.U. zu schaffenden) Bürgerzentren muss es Ausleihmöglichkeiten für Bücher und Medien geben. Über die Wiedereinführung eines Bücherbusses muss offensiv nachgedacht werden. Auch für Osterfeld und Sterkrade muss es einen öffentlichen Bücherschrank als Gelegenheit zum Büchertausch geben.

Unsere Museen der Kunst, der Industriekultur, Theater, in öffentlicher und privater Hand sollen jede Unterstützung bekommen, die machbar ist. Sponsoren müssen gefunden und gewonnen werden.

Hinweise, Tafeln, Beschriftungen an Gebäuden, bei Plätzen und Straßen, die Orte und Namen erklären, können helfen das kulturelle Wissen über unsere Stadt zu verbreiten.

Wir wollen ein Haus der Geschichte, in dem ein Heimatmuseum der Stadt Oberhausen Platz findet.

### **C) Unsere Stadt ist unsere Kultur**

Kultur ist Identität.

Dem Erscheinungsbild und der Ästhetik unserer Stadt muss ein besonderes Augenmerk gelten. Die Pflege des Vorhandenen, sei es Architektur, Plätze, Parks, Straßen, Alleen – alles, was unsere Stadt dinglich und sichtbar ausmacht - müssen mit Sorgsamkeit behandelt werden. Der Denkmalschutz, die Park- und Grünflächenpflege, die Erhaltung unserer Straßen sind gleichwertige Instrumente um die Ästhetik Oberhausens zu erhalten. Diese Institutionen müssen wir dringend aufwerten, um unsere Stadt als Kulturstadt zu präsentieren. Das kulturelle Erbe einer Industriestadt darf dabei nicht verloren gehen. Spezielle Gebäude, wie z.B. Burg Vondern, Gartendom oder andere baulichen Relikte vergangener Zeiten, egal aus welcher Epoche unserer Stadtgeschichte, brauchen Schutz und Pflege, Werbung und gute Verkehrsanbindung. So kann ihr heutiger kultureller Gebrauchswert als Orte der Begegnung und Freizeit gefördert werden.

Bauten und Objekte der sogenannten „Moderne“ und „Postmoderne“ müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern kulturpädagogisch näher gebracht werden. Das Verstehen unserer jüngeren Kultur und das Verständnis dafür muss gefördert werden. Stolz und Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner Oberhausens mit ihrer Stadt erleben so eine Stärkung.

Zu einer Kulturstadt gehört auch eine einheitliche Stadtentwicklungspolitik, die die kulturelle Einheit unserer Stadt verdeutlichen muss. Einzelne „Leuchtturmprojekte“ müssen kulturelle Anbindung an den Rest der Stadtkultur haben. Sie dürfen nicht in Isolation für sich alleine wirken.

Ebenso ist die Kunst des öffentlichen Raums unbedingt zu fördern. Auch hier gilt mit verantwortungsvoller Pflege das Geschaffene zu erhalten und zu betonen. Ein entsprechendes Bewusstsein bei unserer Bevölkerung ist über Schulen, VHS-Angebote und weiteres zu entwickeln. Für neue künstlerische Ideen in der Öffentlichkeit sollen auch hier Diskussionsforen mit Bürgerinnen und Bürgern die Grundlage für Auswahl und Akzeptanz des zu Schaffenden bilden. Bei Kompetenzschwierigkeiten muss den Laien kunstpädagogische Hilfe zur Seite stehen.

Stadtweite Wettbewerbe für Kunst, Musik, Literatur für Jung und Alt sollen den Bürgerinnen und Bürgern Anreize geben, die Kultur unserer Stadt weiter zu beleben.

Im öffentlichen Raum, besonders in unseren Fußgängerzonen, müssen beispielbare Möglichkeiten geschaffen werden. Große und kleine Bühnen für Kunst, Musik, Tanz und anderes, mobil oder fest, müssen unseren kulturschaffenden Bürgerinnen und Bürgern

kostenfrei zur Verfügung stehen. Diese preisgünstigen Lösungen werden Foren schaffen, die auch die Innenstädte wiederbeleben werden.

Öffentliche Orte und Plätze sollen als dauerhafte Orte der Kultur bekannt werden. Die Emscherwiesen, der Gartendom, der John-Lennon-Platz, der OLGA-Park und vieles mehr bieten sich für solches an.

#### **D) Kultur ist international und interkommunal.**

Die Erfahrung der Kultur unserer Stadt wird uns lehren die Kultur anderer zu schätzen. Viele Oberhausener bieten uns durch ihre Herkunft oder die ihrer Vorfahren zusätzlich Kulturelles, das uns ohne sie verborgen geblieben wäre. Vereine und Verbände, in denen die Kultur anderer gepflegt wird, wollen wir in unser Kulturdenken mit einbeziehen.

Im Zusammenhang mit „der Kultur anderer“ müssen die Beziehungen zu unseren Partnerstädten gefördert, aktiviert und reaktiviert werden.

Ebenso ist die Kultur in unserer Region, dem Ruhrgebiet, immer wichtiger Einflussfaktor für unsere Stadtkultur. Gemeinsames kulturelles Denken und Handeln mit unseren Nachbarstädten und der Region will das „Bündnis Oberhausener Bürger“ fördern.

#### **E) Kultur ist Freizeit**

Alle Vereine, Verbände, Gemeinden, egal welchen Inhalts sind grundsätzlich Teile unserer Kultur. Sport, Spiel und Unterhaltung gehören dazu wie auch Religionsgemeinschaften und Parteien. Diese Vielfalt muss gefördert werden. Grundgesetzfeindlichen und menschenverachtenden Institutionen sagen wir den Kampf an.

Oberhausen, 10.3.2014